Hamburger Entwurf eines Bundesprogramms der *Wahlalternative Arbeit & soziale Gerechtigkeit (WASG)*

VERSION 6.1, Stand: 27. Oktober 2004

INHALT

P R Ä A M B E L _____ 3

I. Was wir wollen, wofür wir stehen - Zusammenfassung _____ 4

Wir stehen für eine solidarische Gesellschaft! _____ 4

II. Was wir nicht wollen _____ 6

Massenarbeitslosigkeit... _____ 6
...und ihre Folgen _____ 6
Die neoliberale Analyse der Ursachen der Massenarbeitslosigkeit _____ 7
Fakten gegen die neoliberalen Irrtümer _____ 7
Die wahren Ursachen der Massenarbeitslosigkeit _____ 8
Internationale Folgen neoliberaler Wirtschaftspolitik _____ 9
Was wir wollen und was nicht _____ 9

III. Was wir im Einzelnen wollen und wofür wir stehen _____ 10

1. Wirtschaftspolitik _____ 10

Von keynesianischer Vollbeschäftigung zu neoliberaler Massenarbeitslosigkeit _____ 10
Die wünschenswerte und volkswirtschaftlich erforderliche Alternative: Umverteilung der Einkommen entsprechend des Produktivitätsfortschritts _____ 10
Unsere wirtschaftspolitischen Ziele im Einzelnen _____ 12
Ökosozial leistungsgerechtes Steuersystem statt Staatsverschuldung _____ 13
Arbeit schaffende Maßnahmen _____ 13
Stabilitätsanker soziale Sicherung _____ 14
Deutschland profitiert von der Globalisierung _____ 15
Mythos Kapitalflucht _____ 15
Vernünftige Wirtschaftspolitik als vernünftige Außenwirtschaftspolitik _____ 16
Wirtschaftsdemokratie und Mitbestimmung _____ 16

2. Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik _____ 18

Arbeitszeitverlängerung als Reaktion auf den Produktivitätsfortschritt? _____ 18
Arbeitszeitverkürzung als allein vernünftige Politik _____ 18
Ausbau des öffentlichen Sektors _____ 19
Existenzsichernder Mindestlohn statt Niedriglohnsektor _____ 20
Ausbildungsplatzabgabe oder Bildungssteuer _____ 20
Demographische Abgabe _____ 20
Kündigungsschutz ist unverzichtbar _____ 21
Flächentarif statt Lohndumping, einheitliches Arbeitsgesetzbuch _____ 21
Setzung und Kontrolle nationaler wie internationaler sozialer und arbeitsrechtlicher Mindeststandards _____ 22

3. Sozialpolitik und soziale Sicherungssysteme _____ 23

Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe _____ 25
Garantiertes Grundeinkommen _____ 25
Steuerfinanzierte Mindestrente und Volksrente _____ 26
Kindergeld _____ 26

4. Gesundheitspolitik 27
Finanzierung und Organisation 27
Maßnahmen zur Verbesserung der Gesundheitsversorgung 29
Grundsätze der Humanität bewahren 30
Drogenpolitik 32
5. Gesellschaftspolitik 33
Solidarisierung statt Verschärfung des Gegensatzes zwischen arm und reich 34
Familie und Kinder 34
Innen- und Rechtspolitik 35
Migration 36
Medien in der demokratischen Öffentlichkeit 37
Kultur 38
6. Bildung statt Ausbildung 41
Grundlagen 41
Vorschule 42
Grundschule 42
Lehrer 43
Berufsausbildung 44
Studium 45
Lebenslanges Lernen 45
7. Wissen ist Macht - Wissensgesellschaft als informierte oder uni(n)formierte Demokratie? 47
Was ist die Wissensgesellschaft? 47
Open Source als technische Grundlage künftiger Demokratie 48
Das Internet ist die entscheidende Plattform 48
Gegen die Enteignung des Wissens 49
Gegen die Datensammelwut – für informationelle Selbstbestimmung 49
8. Ökologischer Umbau der Industriegesellschaft 51
Ökologische Veränderung der staatlichen Nachfragestruktur 52
Ökologische Lenkungssteuern statt Lizenzierung von Umweltverschmutzung 52
Gebote und Verbote 54
Technologiefolgenabschätzung, Förderung ökologischer Technikinnovation, ökologische volkswirtschaftliche Gesamtrechnung bzw. Buchhaltung (Makroebene) und betriebliche Umweltbilanzen (Mikroebene) 54
Ökosozialer Umbau des Energiesystems und Ausstieg aus der so genannten friedlichen Nutzung der Atomenergie 55
Ökosozialer Umbau des Verkehrssystems und der Siedlungsstrukturen 57
Ökologisierung der Landwirtschaft 58
9. Internationale Beziehungen 59
Historische Verantwortung der Kolonialmächte und Verantwortung heute 59
Politische und sozialökologische Regulierung der Weltwirtschaft und Entwicklungspolitik 60
Demokratie und Friede weltweit 62

Dieser Hamburger Entwurf eines Bundesprogramms der *Wahlalternative Arbeit & soziale Gerechtigkeit* (*WASG*) ist das Arbeitsprodukt einer offenen Arbeitsgruppe von Mitgliedern der *WASG* und Interessierten, die sich im Juli 2004 in Hamburg konstituierte und an deren wöchentlichen Sitzungen sich insgesamt etwa 40 Personen beteiligten.

Dieser Entwurf wurde am Mittwoch, den 27. Oktober 2004, in unserer Arbeitsgruppe verabschiedet. Gleichwohl ist er nur ein Zwischenstand der Diskussion. Er erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit oder Endgültigkeit. Es gibt viele Bereiche, die sich - oft notwendigerweise – überschneiden. Mancher mag auch Widersprüchliches entdecken. Folgende Bereiche bedürfen noch einer intensiven Diskussion: Genderpolitik, Europapolitik, Entwicklung der Demokratie, Verbraucherschutz, Arbeitsrecht.

Dieser Entwurf bringt unserer Ansicht nach die Programmatik der *WASG* aber einen großen Schritt voran. Er sei hiermit einer offenen, freien, demokratischen und hoffentlich produktiven Diskussion übergeben!

P R Ä A M B E L

Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist die Verpflichtung aller staatlichen Gewalt. **(Artikel 1, Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland)**

Die Würde des Menschen wird missachtet in einer Gesellschaft, deren Reichtum insgesamt wächst, aber die Zahl ihrer Arbeitslosen, Sozialhilfeempfänger und Obdachlosen ebenso. Die Würde des Menschen wird mit Füßen getreten in einem Staat, in dem Menschen unter Androhung des Entzugs sozialer Unterstützung zur Arbeit genötigt werden. Die Würde des Menschen wird angetastet in einem Land, in dem die wesentlichen gesellschaftlichen und sozialen Arbeiten, zum Beispiel die Pflege alter und kranker Menschen, nicht anerkannt und nicht ausreichend entlohnt werden. Die Würde des Menschen wird verletzt in einer Gesellschaft, in der demokratische Politik zur Exekution des Willens der ökonomisch Mächtigen degeneriert, in der nur noch Markt und Profit zählen und Menschlichkeit und Solidarität immer weniger. Die Würde des Menschen wird geleugnet, wenn Menschen wegen ihres Alters, ihres Geschlechtes, ihrer sexuellen Orientierung, ihrer Nationalität, ihrer Ethnie, ihrer Religion oder nicht menschenfeindlichen Weltanschauung benachteiligt werden. Die Würde des Menschen wird negiert, wenn Menschen zu Objekten biotechnischer Verwertung degradiert werden oder zu Kostenfaktoren sozialer Sicherungssysteme, die es zu minimieren gilt. Die Würde des Menschen, ja oft sein Leben wird geopfert, wenn wir kaltherzig jene zurückweisen, die Zuflucht bei uns suchen vor politischer, religiöser, weltanschaulicher oder sexistischer Verfolgung oder ökonomischer Not. Die Würde des Menschen ist die Würde aller Menschen und nicht nur die der Deutschen.

Die technische Entwicklung schreitet kontinuierlich voran. Der permanente Produktivitätsfortschritt kann in ein ebenso kontinuierliches Wachstum des materiellen wie zeitlichen Wohlstands aller Menschen verwandelt werden. Statt dessen geht es Millionen Menschen immer schlechter. Zur Politik der bedingungslosen Unterwerfung unter Markt und Profit gibt es ökonomische und soziale Alternativen. Wir, die *Wahlalternative Arbeit & soziale Gerechtigkeit*, bieten diese Alternativen in diesem Programm an, weil wir eine Politik gestalten wollen, die die Würde des Menschen achtet und schützt.

I. Was wir wollen, wofür wir stehen - Zusammenfassung

Wir stehen für eine solidarische Gesellschaft!

Die Qualität einer demokratischen Gesellschaft lässt sich daran ablesen, wie sie mit ihren Kindern, ihren alten und wirtschaftlich schwachen Mitgliedern, mit Minderheiten und Andersdenkenden umgeht und wie sie den gesellschaftlich erwirtschafteten Reichtum verteilt.

In Deutschland steigen das Sozialprodukt und die Produktivität kontinuierlich – bei zurückgehender Bevölkerungszahl. Es gibt also immer mehr Reichtum zu verteilen, nur fließt dieser heute fast ausschließlich den bereits Vermögenden zu. Steigende Gewinne werden auf Grund der zurückbleibenden Massenkaufkraft nicht mehr in ausreichendem Maße investiert, sondern auf den internationalen Finanzmärkten zinsbringend angelegt. Gerecht verteilt und ökologisch wie sozial in die richtige Richtung gelenkt, würden diese Mittel jedoch umgehend in steigende Nachfrage, steigenden Absatz und in steigende Produktion und Beschäftigung verwandelt werden.

Wir treten ein für den Erhalt und Ausbau der Grund- und Freiheitsrechte und für mehr demokratische Mitwirkungsmöglichkeiten in allen Bereichen. Die Mitbestimmung der abhängig Beschäftigten und ihrer Betriebsräte und Gewerkschaften wollen wir stärken. Wir möchten den Vorrang demokratischer Politik gegenüber privater Wirtschaftsmacht, insbesondere der großen und multinationalen Unternehmen, durchsetzen zugunsten einer demokratisch legitimierten Gestaltung der gesellschaftlichen Entwicklung.

Wir setzen uns ein für bedarfsgerechte öffentliche Anlagen und Einrichtungen, für soziale und kulturelle Dienstleistungen, die für alle zugänglich sind, für Bildung, Qualifikationsmöglichkeiten und soziale Sicherung für alle, für kürzere und humane Arbeitszeiten. Wir wollen staatliche Institutionen, die nicht nur der rechtlichen Sicherung der Gesellschaft dienen, sondern ihre verfassungsmäßige Verpflichtung zu einer aktiven sozialstaatlichen Gestaltung übernehmen. Wir wollen eine Wirtschafts- und Lebensweise durchsetzen, die auch ökologisch zukunftsfähig ist, und eine solidarische und friedliche Zusammenarbeit mit anderen Ländern und Völkern.

Wir stehen für:

- die Wiedereinführung der Vermögenssteuer, eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes, die Erhöhung der Erbschaftssteuer, die Abschaffung des Ehegattensplittings sowie die Besteuerung von Finanztransaktionen (Tobin-Steuer). Die Steuerkriminalität (Steuerhinterziehung) muss bekämpft, Steuerschlupflöcher müssen geschlossen werden.
- die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns, Reallohnsteigerungen sowie Arbeitszeitverkürzungen im Maße des Produktivitätsfortschritts, eine steuerfinanzierte Mindestrente und eine soziale Bürgerversicherung für alle (Kranke, Pflegebedürftige), finanziert aus den Einkommen der gesamten Bevölkerung. Die Arbeitslosenunterstützung von längerfristig Arbeitslosen darf nicht auf das Sozialhilfeniveau gesenkt werden, sondern muss sich wie bisher am erreichten Lohnniveau orientieren. Die Sozialhilfe ist zu erhöhen und in ein Existenzgeld für alle zu verwandeln.
- die gleiche Beteiligung von Frauen und Männern am Erwerbsleben und an der Erziehungsarbeit ohne berufliche Nachteile, einen gesetzlichen Anspruch auf Teilzeitarbeit für Frauen wie Männer und einen kostenlosen Ganztagsplatz in Kindertagesstätten oder Schulen für jedes Kind.
- die Einstellung und Rücknahme aller Privatisierungen öffentlichen Eigentums (Energie- und Wasserversorgung, Krankenhäuser, Bildungseinrichtungen etc.).
- kostenlose Bildung für alle.
- den ökologischen Umbau unserer Wirtschaft und Gesellschaft durch Förderung umweltverträglicher öffentlicher Verkehrssysteme und neuer Produkte, durch Energieeinsparung und den Umstieg auf erneuerbare Energieträger.
- den beschleunigten Ausstieg aus der Atomenergie.
- gleiche Rechte und Chancen für alle Menschen unabhängig von ihrer sozialen, ethnischen oder nationalen Herkunft, von Geschlecht oder sexueller Orientierung, die Verteidigung der demokratischen Freiheitsrechte und Hilfe für Flüchtlinge.
- Abrüstung statt Kriegseinsätze in aller Welt. Wir stehen für ein ziviles und international solidarisches Deutschland und Europa, für die Regulierung und Besteuerung internationaler Finanzgeschäfte sowie für eine gerechtere Weltwirtschaftsordnung im Sinne einer solidarischen Zusammenarbeit mit den so genannten Entwicklungsländern.

II. Was wir nicht wollen

Massenarbeitslosigkeit...

Wir leben nun schon im dritten Jahrzehnt der Massenarbeitslosigkeit. Fast fünf Millionen Menschen in Deutschland sind nach der offiziellen Statistik arbeitslos. Rechnet man die so genannte stille Reserve hinzu, also all jene etwa, die es aufgegeben haben, nach Arbeit zu suchen oder auf Grund von Umschulungsmaßnahmen von der Statistik nicht mehr erfasst werden, müssen wir eher von sieben Millionen Arbeitslosen ausgehen.

...und ihre Folgen

Dieser ökonomische, soziale und politische Skandal hat weitreichende Folgen. Für den einzelnen Menschen bedeutet Arbeitslosigkeit materielle Verarmung und oft Perspektivlosigkeit und Verzweiflung. Die Zahl der Sozialhilfeempfänger, der Obdachlosen, der Drogenabhängigen und der Menschen, die sich das Leben nehmen, steigt. Für die gesamte Gesellschaft bedeutet Massenarbeitslosigkeit einen ungeheuren Verlust an materiellem Wohlstand, sozialen und kulturellen Entwicklungsmöglichkeiten und auch an so genanntem Humankapital. Langanhaltende Massenarbeitslosigkeit birgt zudem die Gefahr, dass sich immer mehr Menschen enttäuscht von der Politik, ja der Demokratie abwenden und resignieren (Wahlenthaltung) oder gar Abhilfe bei extremistischen Parteien suchen. Und schließlich müssen die Arbeitslosen, die im neoliberalen Politikmodell nur als Kostenfaktor erscheinen, herhalten als Begründung für angeblich notwendigen Sozialabbau und staatliche Sparpolitik. Öffentliche Bücherhallen oder Bäder, Kindertagesstätten oder Frauenhäuser werden geschlossen. Selbst die Umwelt, die Kultur, die Schulen und die Universitäten bekommen es zu spüren, wenn, wie behauptet wird, die öffentlichen Kassen leer sind und gespart werden muss – koste es, was es wolle.

Fünf Millionen offiziell Arbeitslose in Deutschland haben zur Folge, dass unsere lohnarbeitszentrierten sozialen Sicherungssysteme aus den Fugen geraten. Fünf Millionen Arbeitslose zahlen keine Einkommens- oder Lohnsteuer und keine Beiträge in die sozialen Kassen, etwa in die Rentenversicherung ein, müssen aber umgekehrt aus diesen sozialen Kassen versorgt werden. Immer weniger Menschen mit einem sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplatz

müssen für immer mehr Menschen aufkommen (Arbeitslose, Rentner, Sozialhilfeempfänger etc.).

Die Massenarbeitslosigkeit zu bekämpfen, ist die mit Abstand wichtigste politische Aufgabe. Wie ist die Massenarbeitslosigkeit entstanden? Was sind ihre Ursachen? Und was kann man gegen sie tun?

Die neoliberale Analyse der Ursachen der Massenarbeitslosigkeit

Die herrschenden Kräfte in Parteien und Medien, in Arbeitgeberverbänden und der Wirtschaftswissenschaft behaupten, die Massenarbeitslosigkeit sei die Folge zu hoher Löhne, zu hoher Sozialabgaben, einer zu hohen Staatsquote, von zuviel Bürokratie und zu vielen Paragraphen (Umweltschutz, Kündigungsschutz etc.). Unsere Gesellschaft vergreise nicht nur faktisch, wie die wachsende Zahl der Rentner zeige, sondern auch quasi symbolisch: Unsere sozialen Strukturen wie unser Denken insgesamt seien verkrustet.

Der unablässig verkündete neoliberale Therapievorschlag erscheint dann logisch: Flexibilisierung, Deregulierung oder gar Abschaffung etwa des Arbeitsrechtes (Kündigungsschutz) und vor allem Senkung der angeblich international nicht wettbewerbsfähigen Kosten (Löhnen, Sozialabgaben und Steuern). Die Wirkungskette laute: steigende Gewinne, mehr Investitionen, mehr Beschäftigung! Nur so könne Deutschland wieder international wettbewerbsfähig werden. Die neoliberale Therapie hat einen Namen: Sie heißt "Agenda 2010".

Fakten gegen die neoliberalen Irrtümer

Stellen wir dieser falschen neoliberalen Diagnose der Ursachen der Massenarbeitslosigkeit ein paar Fakten entgegen: Deutschland exportiert pro Kopf der Bevölkerung etwa doppelt soviel wie das in der Weltrangliste zweitplatzierte Land – Japan. Deutschland bricht auf Grund hervorragender Standortbedingungen (extrem zurückhaltende Entwicklung der Lohnstückkosten und sehr geringe Streikzeiten oder Krankenstände im internationalen Vergleich, höchster Ausbildungsstand der Beschäftigten, exzellente Verkehrs-, Informations- und Forschungsinfrastruktur, effiziente staatliche Verwaltung, nachfragestabilisierende Sozialsysteme etc.) einen Exportrekord nach dem anderen. Allein im Jahre 2003 lag der Handelsbilanzüber-

schuss bei 129 Milliarden Euro.

Die deutsche Wirtschaft ist in der Summe international so wettbewerbsfähig wie keine andere. Deutschland profitiert von der so genannten Globalisierung in ungeheurem Ausmaß. Nicht der Abbau des Sozialstaates ist notwendig, um der Globalisierung zu begegnen – sein Ausbau wäre vielmehr möglich und notwendig! Das Bruttosozialprodukt in Deutschland steigt kontinuierlich, allein von 1991-2003 nominell um weit über eine Billion Mark – und das bei abnehmender Bevölkerungszahl. Das Gesamtvermögen dieser Gesellschaft ist so hoch wie nie zuvor. Die Produktivität unserer Wirtschaft wächst drei bis fünf mal so schnell wie der Anteil der Alten an unserer Gesellschaft. Es gibt also keinen vernünftigen Grund für Rentenkürzungen oder anderen Sozialabbau.

Die wahren Ursachen der Massenarbeitslosigkeit

Die herrschende neoliberale Politik behebt nicht, sie verschärft die Wachstumsschwäche unserer Wirtschaft. Kürzungen bei sozial Schwachen (Rentner, Empfänger von Arbeitslosenhilfe etc.) bedeuten eine Schwächung der Massenkaufkraft und in der Folge der Nachfrage, des Absatzes, der Produktion und der Beschäftigung. Die Reduzierung der Arbeitslosenhilfe auf das Sozialhilfeniveau bedeutet für Millionen Menschen schwere Einkommens- und Vermögensverluste – also ausgerechnet bei der Gruppe, die schon heute die Armutsgrenze vor Augen hat. Umgekehrt steigt allein durch die anstehende Senkung des Spitzensteuersatzes von 45 auf 42 Prozent das Einkommen eines Einkommensmillionärs um monatlich 2500,- Euro! Der wachsende Reichtum bei den Besser- und Spitzenverdienern kann auf Grund der zurückgebliebenen Massenkaufkraft kaum noch sinnvoll in arbeitsschaffende Investitionen verwandelt werden. Diese Gelder wandern ab auf die internationalen Finanzmärkte, um wenigstens noch Zinsen oder Dividenden zu realisieren. Im gleichen Maße fehlen in der heimischen Wirtschaft finanzielle Mittel, um die Konsumkraft und damit Nachfrage, Absatz, Produktion und Beschäftigung zu stärken.

Wir lehnen die neoliberale Politik der Umverteilung von unten nach oben ab. Sie ist unsozial und ökonomisch falsch. Seit Jahrzehnten (Reagonomics, Thatcherismus, Sparpolitik eines Helmut Schmidt, "geistig-moralische" Wende des Helmut Kohl, "Agenda 2010", "Hartz I-IV" etc.) verspricht uns die neoliberale Politik Besserung. Tatsächlich steigt die Arbeitslosigkeit und die Zahl der Empfänger von Armutslöhnen (working poor), der Sozialhilfeempfänger und

Obdachlosen, also jener, die in der offiziellen Arbeitslosenstatistik nicht mehr erscheinen.

Die neoliberale Wirtschafts- und Sozialpolitik macht die Armen immer ärmer und die Reichen immer reicher. Sie spaltet die Gesellschaft und gefährdet die Demokratie. Sie stößt Millionen Menschen ins ökonomische, soziale und psychische Elend. Sie verschärft die ökonomischen Probleme und die Massenarbeitslosigkeit, statt sie zu lindern.

Internationale Folgen neoliberaler Wirtschaftspolitik

Besonders schlimme Folgen hat die neoliberale Politik, die von *Weltbank* und *Internationalem Währungsfonds* und den hinter diesen Institutionen stehenden westlichen Industrieländern zur weltweiten Wirtschaftsdoktrin ausgerufen wurde, für die Länder der so genannten Dritten Welt. Sie wurden zu Rohstofflieferanten und Agrarproduktplantagen für die Märkte des Nordens degradiert. Die neoliberale Wirtschaftspolitik hat auch in diesen Staaten die Kluft zwischen Arm und Reich massiv verstärkt. International erfolgreiche industrielle Schwellenländer (z.B. Südkorea, Taiwan) setzen hingegen fast ausschließlich auf eine wirtschaftspolitische Strategie, die auf einer engen Zusammenarbeit zwischen Staat und Wirtschaft beruht.

Was wir wollen und was nicht

Die *WASG* tritt ein für eine Abkehr von der neoliberalen Wirtschafts- und Sozialpolitik. Wir wollen keine Unterwerfung unter die Vorherrschaft der Ökonomie, der Marktideologie und der Profitmaximierung. Wir wollen nicht, dass die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer werden. Wir wollen keinen Sozialabbau, keine Lohnkürzungen, keine Verlängerung der Arbeitszeiten, keine Beschneidung von Arbeitnehmerrechten, keine Zumutbarkeit jeder noch so elend bezahlten Arbeit für alle Arbeitslosen, keine Kürzungen im kulturellen oder Bildungsbereich. Und wir wollen keine Privatisierung öffentlichen Eigentums und öffentlicher Einrichtungen (Strom, Wasser, Krankenhäuser, Bildung etc.).

Was wir im Einzelnen an politischen Alternativen anbieten und wofür wir stehen, soll in den folgenden Kapiteln näher dargestellt werden.

III. Was wir im Einzelnen wollen und wofür wir stehen

1. Wirtschaftspolitik

Von keynesianischer Vollbeschäftigung zu neoliberaler Massenarbeitslosigkeit

Die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland war in den ersten drei Jahrzehnten nach 1949 im Zeichen eines nachfrageorientierten Wohlfahrts-keynesianismus äußerst erfolgreich: Die Wirtschaft wuchs (fast) ohne Unterbrechung, es herrschte bald Vollbeschäftigung, ja Arbeitskräftemangel, und die realen Löhne stiegen kontinuierlich. Die Arbeitszeiten wurden in verschiedensten Formen Schritt um Schritt reduziert (von der 48- bis hin zur 35-Stunden-Woche, mehr Urlaub, längere Ausbildungszeiten, frühere Verrentung etc.), und der Ausbau des Sozialstaats gewährte immer mehr Menschen einen relativ sorgenfreien Lebensabend, ein staatlich finanziertes Studium oder ebenso fraglose wie kostenlose Hilfe im Krankheitsfalle. Diese Entwicklung dauerte bis etwa Mitte der 1970er Jahre.

Dieses erfolgreiche keynesianische (nachfrageorientierte) Wachstumsmodell wurde seitdem mehr und mehr durch das neoliberale (angebotsorientierte) Politikmodell abgelöst, das, wie eingangs schon beschrieben, ökonomisch und sozial nahezu verheerende Folgen hatte.

Die wünschenswerte und volkswirtschaftlich erforderliche Alternative: Umverteilung der Einkommen entsprechend des Produktivitätsfortschritts

Wir behaupten gegen das neoliberale Politikmodell: Es gibt keinen vernünftigen Grund, warum der Produktivitätsfortschritt nicht auch zukünftig anteilig in wachsende reale Einkommen für alle und anteilig in Arbeitszeitverkürzungen ebenso für alle Erwerbstätigen – statt in Arbeitslosigkeit für viele – verwandelt werden kann. In einer Wirtschaft, deren Produktivität Jahr um Jahr wächst, muss immer mehr von jenen, die ökonomisch produzieren, zu jenen umverteilt werden, die nicht am Produktionsprozess teilhaben: Kinder, Alte, Kranke, nicht erwerbsfähige Sozialhilfeempfänger, Schüler, Studenten, nicht direkt ökonomisch produktive Staatsangestellte, soziale Dienstleister oder Kulturschaffende, etc.

Diese Umverteilung ist ein unabdingbares volkswirtschaftliches Erfordernis. Wer sagt, die Quote sozialer Umverteilung müsse bei z.B. 40 Prozent gedeckelt werden, der fordert quasi, dass zukünftig nur noch die Menschen, die direkt im Produktionsprozess stehen, vom Produktivitätsfortschritt profitieren sollen – und die große und weiterhin wachsende Mehrheit der Bevölkerung also nicht mehr. Und das ist oder wäre ebenso unmoralisch und unsozial wie volkswirtschaftlich falsch.

Zur Zeit erwirtschaften in Deutschland etwa 38 Millionen Erwerbstätige (bei ca. 26 Millionen sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen) das Einkommen und Auskommen für insgesamt 82 Millionen Menschen, also für sich selbst und für die große, weit überwiegende Mehrheit der nicht erwerbstätigen Bevölkerung. Weil die Produktivität wächst, weil uns immer mehr Produktionsroboter und –automaten, eine immer bessere Arbeitsorganisation, immer bessere Software und immer intelligentere und effizientere Computersysteme immer mehr Arbeit abnehmen, wäre und ist es falsch, die Arbeitszeiten zu verlängern. Die Arbeitszeiten müssen bei allen Erwerbstätigen verkürzt werden, wollen wir Arbeitslosigkeit für viele vermeiden (siehe auch das nachfolgende Kapitel "Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik").

Zudem kann und muss die durch die steigende Produktivität ermöglichte steigende Produktion bzw. müssen die daraus erzielten Einkommen ebenso kontinuierlich umverteilt werden von den produzierenden Erwerbstätigen zu den nicht (direkt) produzierenden Erwerbstätigen (z.B. soziale Dienstleister) sowie zu den nicht Erwerbstätigen. Die 44 Millionen Menschen, die von den insgesamt 82 Millionen Menschen in Deutschland nicht im Erwerbsleben stehen, müssen schlicht das Geld bekommen, um all das kaufen zu können, was die anderen 38 Millionen immer produktiver produzieren! Eine kontinuierlich anwachsende Umverteilung ist auf Grund kontinuierlich steigender Produktivität eine absolute volkswirtschaftliche Notwendigkeit.

Wir wollen die neoliberale Umverteilung von unten nach oben stoppen und umkehren in eine volkswirtschaftlich notwendige Umverteilung von oben nach unten. Bei hohen und höheren Einkommen ist die Sparquote sehr hoch. Bei unteren Einkommen ist die Sparquote hingegen fast Null und oft sogar negativ (Überschuldung). Vom oberen Drittel (und vor allem Fünftel) zum unteren Drittel (Fünftel) der Einkommenshierarchie umverteiltes Einkommen verwandelt sich demnach fast vollständig in steigende Konsumnachfrage, steigenden Absatz und

steigende Produktion und Beschäftigung. Umgekehrt verwandelt sich von unten nach oben umverteiltes Einkommen in eine hohe Sparquote und – auf Grund mangelhafter Investitionsmöglichkeiten in der nachfragegeschwächten Volkswirtschaft – hochgradig in international zinssuchendes Finanzkapital, das in Börsencrashs immer wieder in Milliardenhöhe vernichtet wird, ohne Bedürfnisse, Nachfrage, Produktion und Beschäftigung vermittelt zu haben. Umverteilung von unten nach oben ist demnach in einem erheblichen Maße identisch mit Geldvernichtung.

Unsere wirtschaftspolitischen Ziele im Einzelnen

Um unsere Wirtschaft wieder auf einen ökologisch gelenkten, sozial ausgerichteten und Arbeit schaffenden Pfad qualitativen Wachstums zu bringen, werden wir uns für die Durchsetzung der nachfolgenden wirtschafts- und fiskalpolitischen Einzelmaßnahmen auf der staatlichen Einnahmeseite einsetzen:

- Wiedereinführung der Vermögenssteuer,
- Erhöhung des Spitzensteuersatzes,
- Erhöhung der Erbschafts- und Schenkungssteuer,
- Abschaffung des Ehegattensplittings,
- Besteuerung von Finanztransaktionen und Devisenspekulationen (Tobin-Steuer),
- Besteuerung von Veräußerungsgewinnen (beim Verkauf von Aktienpaketen etc.),
- Reformierung der Unternehmensbesteuerung in Richtung einer Wertschöpfungssteuer (große Kapitalgesellschaften zahlen kaum noch Steuern),
- Bekämpfung der Steuerkriminalität (Steuerhinterziehung),
- Beseitigung aller legalen Steuerschlupflöcher (weil es nicht tragbar ist, wenn jene, die formal eigentlich 45 Prozent Einkommenssteuer bezahlen müssten, tatsächlich nur ca. 15 Prozent bezahlen),
- Ausbau ökologischer und sozialer Lenkungssteuern (Mineralöl-, Kerosin-, Alkohol-, Tabaksteuer etc.) bis zu spätestens dem Punkt, an dem das Steueraufkommen auf Grund erwünschter Einschränkung des Verbrauchs der besteuerten Güter nicht mehr steigt.

Wir möchten mit diesen Finanzmitteln ein öffentliches Zukunftsinvestitionsprogramm von 60 Mrd. € pro Jahr finanzieren (zusätzlich zu den laufenden öffentlichen Haushalten), das in den Bereichen Bildung, Ausbildung und Grundlagenforschung, sozialer und kultureller Angebote (Bücherhallen, Schwimmbäder, Stadtteil-, Senioren- und Jugendzentren etc.) sowie im Be-

reich des ökologischen Umbaus der Industriegesellschaft (Förderung regenerativer Energien, Ausbau öffentlicher Verkehrsmittel etc.) zu mehr Beschäftigung beitragen soll.

Ökosozial leistungsgerechtes Steuersystem statt Staatsverschuldung

Die Finanzierung zusätzlicher staatlicher Ausgaben durch Kreditaufnahme ("Schuldenmachen"), kann in Zeiten eines unvorhersehbaren konjunkturellen Einbruchs (Ölpreisschock etc.) eine sinnvolle, nachfragestabilisierende Maßnahme sein. Grundsätzlich ist die öffentliche Verschuldung jedoch abzubauen. Für die zu zahlenden Zinsen (in Deutschland waren das im Jahre 2003 ca. 66 Milliarden Euro) kommt die Allgemeinheit auf – bei den Beziehern von Zinseinkommen handelt es sich aber in der Regel um eine kleine wohlhabende Minderheit. Staatliches Schuldenmachen stellt eine Form massiver Umverteilung von unten nach oben dar. Die Finanzierung öffentlicher Aufgaben soll direkt über die oben skizzierten Steuererhöhungen bei den Besserverdienenden und durch die Erhebung von Ökosteuern etc. erfolgen.

Arbeit schaffende Maßnahmen

Als flankierende, Arbeit schaffende wirtschaftspolitische sowie arbeits- und sozialrechtliche Maßnahmen (von denen viele in den nachfolgenden Kapitel näher erläutert werden) setzen wir uns ein für

- die staatliche Unterstützung der Gewerkschaften bei der Durchsetzung von realen, also inflationsbereinigten Lohnerhöhungen, die dem Produktivitätsfortschritt entsprechen, (nicht nur) durch Übernahme einer Vorreiterrolle öffentlicher Arbeitgeber,
- den sofortigen Stopp und die Rückgängigmachung der Privatisierung öffentlichen Eigentums (Energie, Wasser, Post, Bildung, Krankenhäuser etc.) und der Enteignung des Volkes, um eine sozialgerechte Nutzung sowie die demokratische, öffentlich-rechtliche Lenkung dieser grundlegenden Versorgungseinrichtungen zu ermöglichen sowie Räume öffentlicher Beschäftigung zu schaffen und auszubauen,
- die gesetzliche Fixierung der 40-Stunden-Woche als Höchstarbeitszeit und die Unterstützung der Gewerkschaften bei der tariflichen Durchsetzung der 35-Stunden-Woche,
- eine Ausbildungsplatzabgabe für nicht ausbildende Betriebe,
- die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern am Erwerbsleben mittels eines

Rechtsanspruches auf sozial abgesicherte Teilzeitarbeit, flankiert durch die staatliche Garantie eines Ganztagsplatzes für alle Kinder und Jugendlichen in Kindertagesstätten und Schulen,

- die Stärkung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage durch einen gesetzlichen Mindestlohn, eine gesetzliche Mindestrente und ein garantiertes Grundeinkommen (anstelle der und höher als die derzeitige Sozialhilfe),
- die Befreiung aller Lohneinkommen Schritt um Schritt von allen Sozialabgaben und den allmählichen Übergang zur Finanzierung aller sozialen Sicherungssysteme aus dem allgemeinen Steueraufkommen und damit durch alle Bürger (Bürger- bzw. Volksversicherung), also auch durch jene, die sich heute nicht daran beteiligen (Beamte, Freiberufler, Bezieher von Gewinn-, Zins-, Miet-, Pachteinkommen oder auch Empfänger von Lohneinkommen, die oberhalb der sozialversicherungspflichtigen Beitragsbemessungsgrenze liegen etc.). Dies würde zu einer starken Senkung der Bruttolöhne (also keinesfalls der Nettolöhne) führen und Arbeit "billiger" sowie Beschäftigung wieder lohnender machen. Diese allmähliche Verschiebung der derzeitig "paritätischen" Beitragsfinanzierung der sozialen Systeme durch Arbeitnehmer und Arbeitgeber (insofern diese nicht so und so schon massiv aufgebrochen wurde) in Richtung einer allgemeinen Steuerfinanzierung würde die Arbeitgeber keinesfalls aus ihrer sozialen Pflicht entlassen. Sie würden im Gegenteil weit mehr als heute in die Finanzierung der sozialen Systeme einbezogen werden, oft sogar erstmals zu dieser beitragen (als Bezieher von weit höher zu versteuerndem Gewinn-, Zins-, Miet- oder Pachteinkommen etc.).

Stabilitätsanker soziale Sicherung

Der Ausbau des Sozialstaates ist in zweierlei Hinsicht Beschäftigung schaffend: Er stärkt die Kaufkraft unterer Einkommensschichten mit höchster Konsumquote (und setzt so sehr wirksam die Wirkungskette *mehr Nachfrage, mehr Absatz, mehr Produktion und mehr Beschäftigung* in Gang). Er verschafft sozialen Dienstleistern direkt Arbeit. Wir betonen darüber hinaus, dass ein starkes, stabiles und im Maße des Produktivitätsfortschritts mitwachsendes soziales Sicherungssystem ein erstklassiger Stabilitätsanker ist. Die Wirtschaftsentwicklung in kapitalistischen Marktwirtschaften verläuft in der Regel zyklisch, dass heißt, es treten immer wieder krisenhafte Rezessionen auf. Neoliberale prozyklische ("Brüningsche") Sparpolitik und neoliberale Deregulierung und Flexibilisierung verstärken ganz massiv die Anfälligkeit für zyklische Überreaktionen (Aufschaukelungsprozesse bis hin zu Börsen-Hysterien

etc.). Ein regelmäßiger und langfristig tendenziell wachsender Sozialtransfer stabilisiert dagegen die Massenkaufkraft und damit die gesamte wirtschaftliche Entwicklung.

Mit unseren Zielen einer Stärkung der Massenkaufkraft und demnach der Nachfrageseite unserer Volkswirtschaft geben wir zu verstehen, dass für uns die Massenarbeitslosigkeit Folge einer langanhaltenden Konjunkturschwäche ist und mit strukturellen Veränderungen oder gar Verwerfungen wenig bis nichts zu tun hat (Vergreisung unserer Gesellschaft, Wachstum der Staatsquote, Globalisierung, vermeintliche allgemeine Konsumsättigung etc.).

Deutschland profitiert von der Globalisierung

Wir betonen nochmals, dass die so genannte Globalisierung des Wirtschaftsprozesses (vor allem seiner finanziellen Seite) keinerlei Anlass gibt, in Deutschland soziale Errungenschaften zur Disposition zu stellen. Im Gegenteil, weil Deutschland in der Summe Profiteur dieser Entwicklung ist, kann und sollte eher mit dem Ausbau des Sozialstaates reagiert werden. Gleichwohl ist die bundesdeutsche Ökonomie wie kaum eine andere hochentwickelte Volkswirtschaft in die internationale Arbeitsteilung eingebunden. Die deutsche Exportquote am Sozialprodukt ist exorbitant hoch. Weil Deutschland ein rohstoffarmes Land ist und weil eine ökosozial vernünftig regulierte internationale Arbeitsteilung in der Tat Wohlstandsgewinne für alle Beteiligten bringen kann, ist gegen diese internationale Verflechtung grundsätzlich nichts einzuwenden. Wir wollen aber die politisch nicht unerhebliche Rolle Deutschlands in Europa und weltweit –Folge seiner sehr großen ökonomischen Macht – zukünftig dazu nutzen, das neoliberale Entwicklungsmodell politisch zu bekämpfen und für demokratische, soziale und ökologisch nachhaltige weltwirtschaftliche Entwicklungsformen einzutreten (vgl. hierzu auch Kapitel 9 "Internationale Beziehungen").

Mythos Kapitalflucht

Die Gefahr, dass das Kapital Deutschland den Rücken kehrt (Kapitalflucht), falls wir versuchen, unsere wirtschaftspolitischen Vorstellungen zu verwirklichen, betrachten wir als sehr gering. Die Verteilungsspielräume sind in Deutschland zunächst sehr hoch: Deutschland rangiert im internationalen Vergleich bei wichtigen Standortfaktoren (Entwicklung der Lohnstückkosten, Steuerbelastung, Streiktage, Krankenstände etc.) im unteren Drittel bis Fünftel. Einen Standort, der es der deutschen Wirtschaft ermöglicht hat, Exportweltmeister zu werden,

gibt man vernünftigerweise nicht so schnell auf. Zudem würde die Verwirklichung unseres Wirtschaftsprogramm einen massiven Nachfrage- und Auftragsschub bedeuten – vor dem kein vernünftiger Unternehmer davonlaufen wird. Die Realisierung unseres Programms würde vor allem auch die Bruttolöhne von allen Sozialabgaben befreien, Arbeit also erheblich preiswerter und Beschäftigung sehr viel lohnender machen. Die anvisierte Kapitaltransfersteuer (Tobin-Steuer) würde spekulative und steuermeidende Kapitalflüsse grundsätzlich erschweren. Und schließlich könnte eine europaweit (und perspektivisch weltweit) abgestimmte konsequente Durchsetzung des Lokalitätsprinzips bei der Besteuerung (Einkommen werden dort besteuert, wo sie erwirtschaftet werden und nicht etwa dort, wo die Konzernzentrale ihren Sitze hat) sowie eine Meldepflicht der Banken bei illegalen, weil nicht versteuerten Kapitaltransfers die Gefahr einer Kapitalflucht in volkswirtschaftlich relevanten Größenordnungen weiter reduzieren.

Vernünftige Wirtschaftspolitik als vernünftige Außenwirtschaftspolitik

Eine vernünftige Außenwirtschaftspolitik wäre vor diesem Hintergrund identisch mit einer allgemein vernünftigen Wirtschaftspolitik auf nationaler (und perspektivisch europäischer) Ebene. Unsere grundsätzlich nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik muss aber auf jeden Fall durch eine wohlverstandene Angebotspolitik ergänzt werden. Darunter verstehen wir den kontinuierlichen Versuch einer Stärkung der wirklichen Basis unseres wirtschaftlichen Erfolges: des Humankapitals. Es gibt keinen besseren Weg, langfristig unsere Wirtschaftskraft zu stärken, als Investitionen in Kindergärten, Schulen, Ausbildungszentren, Universitäten und andere Forschungsinstitutionen, als den effizienten Ausbau der staatlichen Verkehrs- und Informationsinfrastruktur und auch der Förderung "weicher" Standortfaktoren (lebenswerte natürliche Umwelt, Kulturangebot, Zufriedenheit der Menschen durch soziale Sicherheit etc.).

Wirtschaftsdemokratie und Mitbestimmung

Wir treten schließlich für eine Wirtschafts- und Ordnungspolitik ein, die vielfältige institutionelle Formen privaten, gesellschaftlichen und öffentlichen Wirtschaftens fördert – von landwirtschaftlichen und Handwerkerkooperativen, Genossenschaften, Stiftungen und öffentlich-rechtlich strukturierten oder wieder zu strukturierenden Betrieben und Versorgungseinrichtungen (Bahn, Post, Rundfunk und Fernsehen etc.) bis hin zu Formen einer Gewinn- und Kapitalbeteiligung in privaten mittelgroßen und vor allem "privaten", tatsächlich aber schon

hochgradig gesellschaftlich organisierten Großunternehmen (Aktiengesellschaft etc.). Der Liberalismus ist zum Wirtschaftsliberalismus degeneriert, der sich ausschließlich an Markt und Profit orientiert. Er ist an seine politischen Traditionen zu erinnern – der Wertschätzung einer freien und pluralen Gesellschaft, in deren Rahmen vielfältigste individuelle, soziale und kulturelle Lebensformen zum Ausdruck kommen können. Die Ökonomie darf hier keine Ausnahme bilden. Sie muss reformiert werden in Richtung demokratisch legitimierter Organisationsformen, die auch ökologischen, sozialen und kulturellen Erfordernissen genügen. Bestehende Mitbestimmungsregelungen sind in dieser Richtung zu erweitern.

---

2. Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik

Der permanente Produktivitätsfortschritt kann, wie wir im Kapitel "Wirtschaftspolitik" schon festgestellt haben, grundsätzlich verwandelt werden in steigenden materiellen Wohlstand oder in eine schrittweise Reduktion der Arbeitszeit oder in eine Kombination von beidem. Eine vernünftige Einkommensverteilung wie eine vernünftige Verteilung des tendenziell abnehmenden gesellschaftlichen Arbeitsvolumens sind hierzu aber die Voraussetzung. Wenn uns die Roboter, die Produktionsautomaten und immer leistungsfähigere Computersysteme immer mehr Arbeit abnehmen und gleichzeitig immer produktiver werden, können wir immer mehr konsumieren und dennoch weniger arbeiten. Wir empfinden es als politischen Skandal, dass diese überaus positiv zu bewertenden Entwicklungsmöglichkeiten, die aus dem Produktivitätsfortschritt resultieren, durch die neoliberale Politik – statt in steigenden materiellen wie Zeitwohlstand für alle – in einen exorbitanten Anstieg des Reichtums für wenige und in wachsende Armut und Arbeitslosigkeit für viele verwandelt werden.

Arbeitszeitverlängerung als Reaktion auf den Produktivitätsfortschritt?

Dieser Skandal wendet sich geradezu ins Absurde, wenn auf den Produktivitätsfortschritt, wie seit geraumer Zeit schon der Fall, mit einer Politik der Arbeitszeitverlängerung geantwortet wird. Ein weiterer Anstieg der Massenarbeitslosigkeit ist die logisch zwingende Folge einer solchen Politik. Manipulationen an der Arbeitslosenstatistik können diesen Befund nicht ändern (etwa wenn jene, die, um ihre soziale Unterstützung nicht zu verlieren, für einen Euro pro Stunde arbeiten müssen, aus der Arbeitslosenstatistik herausfallen).

Arbeitszeitverkürzung als allein vernünftige Politik

Wir benötigen dringend eine vernünftige Politik der Umwandlung des Produktivitätsfortschritts in steigenden materiellen Wohlstand für alle und Arbeitszeitverkürzungen für alle Erwerbstätigen in all ihren Formen. Wir unterstützen die Gewerkschaften und alle sozialen Bewegungen und Kräfte, die für die Durchsetzung dieser allein vernünftigen Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik kämpfen. Die Wege einer Umverteilung der Einkommen von oben nach unten, um alle Gesellschaftsmitglieder an den Früchten des

Produktivitätsfortschritts teilhaben zu lassen und über steigenden, vor allem sozialen Konsum Beschäftigung zu fördern, wurden im Kapitel "Wirtschaftspolitik" schon beschrieben. In diesem Kapitel möchten wir zusätzliche arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitische Maßnahmen darstellen, die nicht nur unser generelles Ziel relativer Vollbeschäftigung (eine Arbeitslosigkeit von bis zu drei Prozent ist aufgrund normaler Fluktuationen unvermeidbar) flankieren, sondern zudem zu einer an sozialen und humanen Werten und Zielen orientierten Form der Vollbeschäftigung beitragen sollen.

Der Produktivitätsforschritt muss, insofern er nicht vollständig in einen Anstieg der realen Masseneinkommen verwandelt worden ist, in eine schrittweise Reduktion der Arbeitszeiten in all ihren Formen verwandelt werden (Reduktion der täglichen und wöchentlichen Arbeitszeiten, mehr Urlaub, längere Ausbildungszeiten, freiwillige frühere Verrentung etc.). Wir treten für die 40-Stunden-Woche als gesetzliche Höchstarbeitszeit ein und unterstützen die Gewerkschaften in Ihrer Forderung nach der Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich. Die vorhandene Arbeit sollte möglichst auf alle Erwerbstätigen verteilt werden. Wir fordern deswegen einen Rechtsanspruch auf selbst bestimmte, sozial abgesicherte Teilzeitarbeit, auch um es allen Frauen und Männern zu ermöglichen, die Lebensbereiche Arbeit und Familie besser kombinieren und integrieren zu können.

Ausbau des öffentlichen Sektors

Kein Mensch darf unter Androhung des Verlustes seiner grundlegenden sozialen Sicherung zu welchen Arbeiten auch immer genötigt werden.

Wir wollen stattdessen den öffentlichen Sektor und damit reguläre tarifentlohnte Beschäftigung massiv ausbauen als reale Materialisierung des Rechtes auf Arbeit. Unser Zukunftsinvestitionsprogramm soll dazu beitragen, den Bereich demokratisch kontrollierten Wirtschaftens stark auszuweiten, um Beschäftigung zu schaffen und diese Gesellschaft in sozial, demokratisch und ökologisch verantwortete Bahnen zu lenken. Wir wollen den Ausbau unseres öffentlichen Bildungs- und Ausbildungssystems (Ganztagsschulen, Universitäten, öffentliche Forschungsinstitute etc.), sozialer Dienste und Betreuung (Rechtsanspruch und reales Angebot eines Ganztagsplatzes für alle Kinder in Kindertagesstätten, Treffpunkte für Jugendliche oder Rentner), den Ausbau öffentlicher Angebote wie Bücherhallen, Schwimmbäder u.a. oder auch den Ausbau des öffentlichen Verkehrssystems. Alle Privatisierungen

öffentlichen Eigentums sind sofort zu stoppen und rückgängig zu machen. Mit dem Ausbau des öffentlichen Sektors stehen wir für eine massive Ausweitung des ersten Arbeitsmarktes. In dem Maße, wie dies gelingt, werden wir auf einen so genannten zweiten Arbeitsmarkt (ABM-Stellen etc.) nicht mehr angewiesen sein.

Existenzsichernder Mindestlohn statt Niedriglohnsektor

Wir lehnen einen Niedriglohnsektor ab. Wir möchten keine Armut trotz Vollzeitbeschäftigung (working poor). Dies ist unsozial und volkswirtschaftlich kontraproduktiv (Nachfrageausfall). Deswegen treten wir für die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes ein, der netto mindestens ein Drittel über dem sozialen Grundeinkommen liegen muss (das seinerseits mindestens ein Drittel höher sein sollte als die derzeitige Sozialhilfe bzw. das Arbeitslosengeld II). Ein Beschäftigungssektor sehr geringer Bezahlung existiert schon seit Jahrzehnten (Leiharbeit, Jobs auf so genannter 400-Euro-Basis etc.). Noch heute gibt es über 50 Tariflohngruppen (aus verschiedensten volkswirtschaftlichen Branchen), in denen weniger als 6 Euro pro Stunde gezahlt wird (angefangen bei nur 2,74 Euro/Stunde). Die Existenz dieses Niedriglohnsektors hat also in keiner Weise die Herausbildung der Massenarbeitslosigkeit verhindert. Seine Ausweitung würde diese eher noch ausweiten auf Grund des damit verbundenen Nachfrageausfalls.

Ausbildungsplatzabgabe oder Bildungssteuer

Wir wollen eine Ausbildungsplatzabgabe für alle Betriebe, die nicht ausbilden, und die Verwendung dieser Mittel zur Finanzierung öffentlicher Zentren beruflicher Ausbildung. Alternativ wäre über eine allgemeine Bildungssteuer nachzudenken, die von allen Arbeitgebern bezahlt werden muss als teilweiser Ausgleich für die Nutzung von Humankapital, dessen Ausbildung (in Schulen und Universitäten) aus öffentlichen Geldern bezahlt wurde.

Demographische Abgabe

Wir wollen zudem eine demographische Abgabe für Betriebe (über etwa fünf Angestellte), in denen die Alterstruktur der Beschäftigten wesentlich (etwa mehr als 15 Prozent) von der

Altersstruktur der Erwerbsfähigen (von 15 bis 65 Jahre) abweicht. Die Abschiebung älterer Menschen, zum Teil schon jener, die älter als 40 Jahre sind, in Arbeitslosigkeit, Sozialhilfe und schließlich Altersarmut ist sozial unverantwortlich und volkswirtschaftlich verschwenderisch. Humankapital in ungeheurem Ausmaß wird auf diesem Wege entwertet. Qualifikationen und wertvolle Berufserfahrungen liegen brach, statt sie volkswirtschaftlich sinnvoll zu nutzen und Menschen, die mit 45 Jahren eigentlich noch mitten im Leben stehen, die Chance einer würdevollen Selbstverwirklichung auch im Berufsleben zu belassen. Eine solche demographische Abgabe müsste selbstverständlich Fälle nachweisbar freiwilliger Frühverrentung berücksichtigen. Sie soll jenen Betrieben zugute kommen, die überdurchschnittlich viele ältere Menschen beschäftigen.

Kündigungsschutz ist unverzichtbar

Wir wollen alle geplanten oder schon durchgeführten Maßnahmen, die den gesetzlichen Kündigungsschutz einschränken, vollständig zurücknehmen. Die Lockerung des Bestandsschutzes von Arbeitsverhältnissen hat nachweisbar nicht zu mehr Neueinstellungen, sondern zu mehr Entlassungen geführt. Sie vergrößert die Arbeitslosigkeit, damit die Angst der Arbeitnehmer um ihren Arbeitsplatz und verhindert somit auch die Wahrnehmung von Rechten durch die Beschäftigten. Wir lehnen jede Möglichkeit einer einmaligen oder gar Mehrfachverlängerung von befristeten Arbeitsverhältnissen ab. Vor allem muss die unbeschränkte Zulässigkeit befristeter Arbeitsverträge ab dem 52. Lebensjahr wieder abgeschafft werden. Diese Regelung beseitigt für diese Menschen praktisch den Bestandsschutz der Arbeitsverhältnisse und stellt eine nicht zu rechtfertigende verfassungswidrige Altersdiskriminierung dar. Wir wollen zudem die Anzahl von Überstunden stark begrenzen und treten für entsprechende tarifliche oder gesetzliche Regelungen ein.

Flächentarif statt Lohndumping, einheitliches Arbeitsgesetzbuch

Wir unterstützen die Gewerkschaften bei ihrem Kampf, das System der Flächentarifverträge zu erhalten bzw. wiederherzustellen, um Lohndumping, also das Niederkonkurrieren der Löhne zwischen den Betrieben und Branchen zu verhindern. Das deutsche Arbeitsrecht ist größtenteils Tarifrecht. Es hätte insofern arbeitsrechtlich verheerende Folgen, wenn das flächendeckende Tarifrecht mehr und mehr Regelungen auf Betriebsebene weichen würde. Die Flächentarifverträge müssen bleiben. Um erreichte soziale und arbeitsrechtliche Standards zu

schützen, wollen wir zudem das bis heute weitgehend nicht kodifizierte Arbeitsrecht in einem einheitlichen Arbeitsgesetzbuch zusammenfassen. Der Verfassungsauftrag des Einigungsvertrages zur Schaffung eines solchen Gesetzbuches harrt immer noch der Umsetzung.

Setzung und Kontrolle nationaler wie internationaler sozialer und arbeitsrechtlicher Mindeststandards

Wir wollen schließlich eine stärkere Kontrolle der Einhaltung des Arbeitsrechtes in den Betrieben durch staatliche Arbeitsinspektoren und Betriebsräte. Der rechtliche Schutz der Arbeitnehmer gegen Übergriffe des Arbeitgebers ist zu verbessern. Soziale und arbeitsrechtliche Mindeststandards müssen dringend auch international verwirklicht werden, etwa durch entsprechende Klauseln im Rahmen der WTO (World Trade Organisation), und ihre Einhaltung ist scharf zu kontrollieren, etwa durch Vertreter der ILO (International Labour Organisation).

---

3. Sozialpolitik und soziale Sicherungssysteme

Erinnern wir uns zunächst einiger grundlegender Tatsachen: Das Sozialprodukt in Deutschland wächst fast ohne Unterbrechung – bei langsam zurückgehender Bevölkerungszahl. Es ist allein in den Jahren von 1991-2003 nominell um weit über eine Billion DM (ca. 513 Milliarden Euro) und real, also inflationsbereinigt, um nahezu 600 Milliarden DM (ca. 308 Milliarden Euro) gestiegen. Diese Gesellschaft wird in ihrer Gesamtheit immer reicher. Es gibt mehr zu verteilen und nicht weniger. Die sozialen Sicherungssysteme könnten weiter ausgebaut werden – statt, wie im derzeit herrschenden neoliberalen Politikmodell, Gegenstand vermeintlich notwendiger Kürzungen von Sozialleistungen zu sein. Die Behauptungen, dass die neoliberale Politik sozialen Kahlschlags notwendig ist, weil die Globalisierung, also die verschärfte internationale Konkurrenz, oder die finanziellen Folgen der Massenarbeitslosigkeit oder des Wachstums des Anteils der Alten an unserer Gesellschaft uns dazu zwingen, entsprechen nicht der Wahrheit. Deutschland profitiert als langjähriger Exportweltmeister von der Globalisierung so sehr wie keine andere Nationalökonomie. Die Produktivität der deutschen Wirtschaft wächst drei bis fünf mal schneller als der Anteil der Alten an unserer Gesellschaft – und die volkswirtschaftlichen Kosten der Massenarbeitslosigkeit sind kein Argument für sozialen Kahlschlag, sondern für die Abschaffung der Massenarbeitslosigkeit durch eine vernünftige und demnach nicht neoliberale Wirtschaftspolitik.

Obwohl das überkommene, vermeintlich verkrustete und nicht mehr bezahlbare System sozialer Sicherung problemlos weiter und sogar in steigendem Maße finanziert werden könnte, plädieren wir aus ganz anderen Gründen für eine grundlegende Veränderung seiner Strukturen. Ein System, dessen Finanzierung fast ausschließlich aus den Beiträgen sozialversicherungspflichtiger Erwerbseinkommen gespeist wird, bleibt verletzbar durch die arbeitsmarktpolitischen Folgen ökonomischer Krisen, die auch in Zukunft eintreten können (Ölpreisschocks, ökonomische Folgen von Naturkatastrophen etc.). Aber auch unabhängig von möglichen Arbeitsmarktkrisen zwingt uns der kontinuierliche Produktivitätsfortschritt dazu, immer mehr von jenen, die im Produktionsprozess stehen, zu jener großen und wachsenden Mehrheit umzuverteilen, die nicht oder nicht direkt im Produktionsprozess steht. Ein System, in dem immer weniger erwerbstätige Menschen für immer mehr nicht erwerbstätige Menschen aufkommen müssen, wird auch ohne extern hereinbrechende ökonomische Krisen bald an seine Grenzen stoßen.

Wir treten dafür ein, die Finanzierung aller sozialen Sicherungssysteme auf die Schultern aller Gesellschaftsmitglieder zu verteilen und nicht nur auf die Schultern der Menschen, die einen sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplatz haben. Wir wollen die Einbeziehung sämtlicher Einkommen (Löhne, Gewinne, Zins-, Pacht-, Mieteinnahmen, Kursgewinne, Erbschaften, Schenkungen etc.) in diese Finanzierung nach Maßgabe der finanziellen Leistungsfähigkeit (progressive Einkommens- und Vermögensbesteuerung) sowie die Einbeziehung der Erträge aus sozialökologisch sinnvollen Lenkungssteuern.

Wir brauchen ein ökosozial vernünftiges und gerechtes System der Steuererhebung und eine ökosozial vernünftige und gerechte Struktur der Verwendung dieser Steuern. Korrelationen zwischen Teilgrößen dieser beiden Strukturen zu knüpfen ("Autofahren oder Rauchen für die Rente"), ist nicht sinnvoll. Es kommt nicht auf Etiketten an (Beiträge oder Steuern, Ökoabgaben nur für Ökoausgaben etc.), sondern auf sozialökologisch sinnvolle und gerechte Strukturen der Finanzierungs- und Leistungsseite unserer sozialen Sicherungssysteme. Ob wir einen bestimmten Teil des (progressiv steigenden) Prozentsatzes unseres Einkommens als zu zahlende Sozialbeiträge oder Sozialsteuern deklarieren, ist unerheblich. Auch in einem rein steuerfinanzierten Sozialsystem können (und sollen) beispielsweise nach gezahlten Steuern differenzierte Renten (im Rahmen einer Mindest- und Höchstrente) bezahlt werden. Auch in einem solchen System können Arbeitgeber (durch progressiv steigende Einkommens- oder Vermögenssteuern, mittels Gewerbe- oder Wertschöpfungssteuern etc.) an der Finanzierung sozialer System "paritätisch" beteiligt werden. Sie sollen als ökonomisch Leistungsfähige sogar weit mehr als bisher – und manche sogar erstmals (Freiberufler etc.) – daran beteiligt werden. Diese stärkere Beteiligung wäre auch Ausdruck der Tatsache, dass es in einem System reiner Steuerfinanzierung sozialer Systeme Beitragsbemessungs- oder Beitragshöchstgrenzen per se nicht gibt. Internationale Beispiele (etwa Dänemark) zeigen, dass solche Systeme sehr erfolgreich funktionieren.

Der Übergang zu einer vollständigen Steuerfinanzierung aller sozialen Systeme kann aber nur Schritt um Schritt erfolgen. Erworbene Leistungsrechte sind selbstverständlich zu wahren (Bestandsschutz).

Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe

Die in diesem Programm formulierte Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik ist auf das Ziel relativer Vollbeschäftigung ausgerichtet. Bis zur Erreichung dieses Zieles und auch danach (in dem Maße, wie es weiter eine geringfügige friktionelle Sockelarbeitslosigkeit bis zu drei Prozent geben wird) haben arbeitslos gewordene und auch längerfristig arbeitslos bleibende Menschen das unveräußerliche Recht, ihren bisherigen Lebensstandard annähernd zu erhalten.

Wir lehnen deswegen die Senkung der Arbeitslosenhilfe auf das Niveau der Sozialhilfe entschieden ab. Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe sollen sich weiter am Niveau bisheriger Entlohnung orientieren, also als Prozentsatz derselben bezahlt werden. Arbeitslosengeld in Höhe von 70 Prozent des durchschnittlichen Nettomonatslohnes der letzten zwei Jahre vor Eintritt der Arbeitslosigkeit soll mindestens zwei Jahre gezahlt werden, Arbeitslosenhilfe in Höhe von 65 Prozent dieses Nettomonatslohnes danach ohne Begrenzung, falls der Empfänger arbeitsfähig ist. Weder Arbeitslosengeld noch Arbeitslosenhilfe dürfen das von der *WASG* angestrebte gesetzlich garantierte Grundeinkommen unterschreiten.

Jedem Arbeitslosen sollen nur Arbeitsplätze angeboten werden, die seinem Qualifikationsprofil entsprechen. Alles andere ist unzumutbar. Von diesem Prinzip kann ausschließlich auf der Basis von Freiwilligkeit abgesehen werden. Allen Arbeitslosen sind umfassende Möglichkeiten der Weiterbildung und Umschulung anzubieten oder auch Beihilfen im Falle der Wahl eines freien Berufes. Kürzungen von Leistungen auf Grund geringfügiger Verstöße (nicht eingehaltene Fristen, nicht rechtzeitig beigebrachte Formulare, Dokumente etc.) lehnen wir ab. Wir wollen die Arbeitslosigkeit bekämpfen, nicht die Arbeitslosen.

Garantiertes Grundeinkommen

Menschen, die noch nie gearbeitet haben und keine Arbeit finden, die aus welchen Gründen auch immer arbeitsunfähig oder nicht vermittelbar sind oder es während ihres Bezugs von Lohnersatzleistungen werden, muss ein garantiertes Grundeinkommen gewährt werden, wenn sie über keine anderen Einkommensarten verfügen. Erwerbseinkommen auf Grund neu aufgenommener Erwerbsarbeit sollen unter Berücksichtigung von Freibeträgen angerechnet werden, um gleitende Übergänge in das Erwerbsleben zu ermöglichen. Das garantierte Grund-

einkommen soll etwa ein Drittel höher sein als die derzeitigen Sätze der Sozialhilfe bzw. des künftigen Arbeitslosengeldes II (plus Warmmiete) .

Steuerfinanzierte Mindestrente und Volksrente

Wir sind für die schrittweise Einführung einer steuerfinanzierten Volksrente. Diese kann auf der Leistungsseite genauso differenziert gestaltet werden wie auf der Einnahmenseite. Man kann den Verlauf von Steuerleistungen genauso über Jahrzehnte verfolgen wie den von Beitragsleistungen. Wer mehr eingezahlt hat, bekommt auch mehr. Eine absolute Mindestrente in Höhe des garantierten Grundeinkommens sowie eine Höchstrente (von beispielsweise 2500 Euro pro Monat) sollen die Leistungsdifferenzierung aber auf ein soziales Maß beschränken, obwohl es auf der Finanzierungsseite auf Grund der Steuerprogression und der Nichtexistenz von Beitragsbemessungs- oder Beitragshöchstgrenzen eine solche Beschränkung nicht geben darf.

In einer freien Gesellschaft steht es jedem Menschen frei, sich zusätzlich privat zu versichern oder zusätzliches Vermögen für den Lebensabend anzusparen. Diese Mittel dürfen auf die Volksrente selbstverständlich nicht angerechnet werden, genauso wenig wie bislang erworbene Rentenansprüche (Bestandsschutz). Der fließende Übergang vom derzeitigen Rentensystem zu dem einer Volksrente soll zwar so schnell wie möglich realisiert werden, würde sich aber auf Grund dieses Bestandschutzes über Jahrzehnte erstrecken.

Kindergeld

Wir lehnen Einkommensfreibeträge in Form von Kinder- oder Erziehungsfreibeträgen ab, weil sie die Bezieher hoher Einkommen weit überproportional finanziell entlasten und damit bevorzugen. Wir möchten keine Klassengesellschaft in der Kinderstube. Wir treten deswegen dafür ein, das Kindergeld mindestens in dem Maße zu erhöhen, wie die Abschaffung aller Kinder- und Erziehungsfreibeträge die Steuereinnahmen erhöht.

---

4. Gesundheitspolitik

Die Gesundheit und das Leben eines jeden Menschen sind unbezahlbar. Deshalb will die *WASG* eine Änderung der Gesundheitspolitik, die eine solidarische medizinische Versorgung aller zum Ziel hat. Gesundheit darf keine Ware sein. Allen Menschen muss eine angemessene Versorgung mit medizinischen Leistungen unabhängig von Einkommen und rechtlichem Status zur Verfügung stehen. Dies schließt Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger ebenso ein wie Rentner, Obdachlose, Gefängnisinsassen, Asylbewerber und Sans Papiers.

Finanzierung und Organisation

Nach herrschender Meinung ist das Gesundheitssystem in Deutschland zu teuer und nicht mehr finanzierbar ist. Aber der Anteil der Gesundheitskosten am Sozialprodukt ist seit den siebziger Jahren stabil. Was nicht stabil ist, ist der Anteil der Beitragszahler an der Bevölkerung. Der Anteil der arbeitenden und Beiträge zahlenden Menschen an der Gesamtbevölkerung geht fortwährend zurück. Verschärft wird diese Entwicklung noch durch die Zunahme von Scheinselbständigkeit, Teilzeitarbeit, geringfügiger Beschäftigung und so genannter Niedriglohnjobs.

Die *WASG* steht für eine solidarische Finanzierung der Gesundheitsversorgung. Dies bedeutet, dass nicht nur die Einkommen aus unselbständiger Arbeit, sondern auch jene aus selbständiger Arbeit und aus Kapitalverwertungen zur Finanzierung des Gesundheitssystems herangezogen werden müssen. Letztere umfassen alle Gewinn-, Vermögens-, Zins-, Miet- oder Pachteinkommen. Außerdem müssen die Beiträge in Form eines progressiv steigenden Prozentsatzes des Einkommens erhoben werden: Wer viel verdient, bezahlt auch viel (siehe zu Steuerfragen Kapitel III. 1). Eine Beitragsbemessungsgrenze lehnen wir ebenso strikt ab wie eine für alle Menschen, arme wie reiche, gleich hohe Gesundheitspauschale.

Die Weiterführung der paritätischen Finanzierung des Krankenversicherungssystems ist aus mehreren Gründen nicht sinnvoll. Offensichtlich gibt es bei Einkommen aus selbständiger Arbeit oder Vermögen keine sinnvolle Möglichkeit, das Paritätsprinzip anzuwenden. Außerdem ist eines der wichtigsten Ziele der *WASG* die Schaffung von Arbeitsplätzen. Dazu muss auch eine Entlastung des Produktionsfaktors Arbeit von vermeidbaren Kosten erfolgen. Die

WASG strebt daher ein steuerfinanziertes System an. Dies bedeutet keine Entlassung der Arbeitgeber aus der solidarischen Finanzierung des Gesundheitssystems oder anderer sozialer Systeme, da sie in unserem Modell über ihre Einkommens- und andere Steuern erheblich mehr als bisher zu dieser Finanzierung beitragen müssen. Auf diesem Wege würden auch all jene in die Finanzierung des öffentlichen Gesundheitssystems einbezogen werden, die sich daran bislang überhaupt nicht beteiligen (Freiberufler etc.). Die Unternehmen würden allerdings durch sinkende Bruttolöhne (nicht Nettolöhne!) entlastet werden, was sicherlich im Sinne steigender Beschäftigung ist.

Pharmaunternehmen und Gerätehersteller können in Deutschland im internationalen Vergleich überdurchschnittliche Preise erzielen. Die Pharmaindustrie muss ihre Herstellungskosten offen legen. Die Medikamentenpreise sind von einer Regulierungsbehörde zu kontrollieren. Privilegien, Verschwendung und überhöhte Profite im Gesundheitswesen sind zu bekämpfen. Die Verwaltung ist in Deutschland durch die Zersplitterung der gesetzlichen Krankenversicherungen sehr teuer. Jede Krankenversicherung hat ihre Aufsichts- und Verwaltungsräte, ihre Immobilien und ihre Computerinfrastruktur etc. Durch eine Zusammenlegung in einer öffentlich-rechtlichen Kasse mit gedeckelten Verwaltungskosten (maximal drei Prozent wie etwa in Österreich real der Fall) ist ein großes Einsparpotential gegeben.

Die *WASG* steht zu einer Umverteilung im Gesundheitswesen zugunsten der Einkommensschwachen. Daher fordert sie auch die Rücknahme aller Zuzahlungen und Leistungskürzungen. Alle medizinisch notwendigen Dinge wie Zahnersatz, Brillen, orthopädische Hilfen bis hin zu teuren Spezialoperationen müssen von den Kassen übernommen werden: Gesundheit ist unbezahlbar.

Der öffentlich-rechtliche Charakter der Krankenversicherung muss erhalten bleiben, um den Zugriff des Staates auf die Verwendung der Beitragseinnahmen zu minimieren. Zudem müssen die Mitbestimmungsmöglichkeiten in dieser öffentlich-rechtlichen Institutionen gestärkt werden. Die Verwaltungen müssen auf kommunaler Ebene angesiedelt sein. Diese Verwaltungen müssen von Beiräten kontrolliert werden, in denen Vertreter aller relevanten gesellschaftlichen Gruppen und insbesondere auch Patientenselbsthilfeinitiative vertreten sind. Diese Beiräte werden direkt von den Versicherten gewählt.

In einer freien Gesellschaft steht es jedem Menschen oder jeder Gruppe von Menschen in-

nerhalb eines demokratisch bestimmten gesetzlichen Rahmens frei, eine private medizinische Zusatzversicherung abzuschließen oder private Krankenversicherungen zu gründen. Die *WASG* glaubt aber, dass für zusätzlichen privaten medizinischen Versicherungsschutz in einem modernen, effizienten, hochgradig bedarfsgerechten und durch alle Staatsbürger solidarisch finanzierten öffentlichen Gesundheitssystem kaum noch Bedarf bestehen wird.

Maßnahmen zur Verbesserung der Gesundheitsversorgung

Die voranschreitende Privatisierung des Gesundheitswesens stellt eine große Gefahr für die breite medizinische Versorgung der Bevölkerung dar. Private Unternehmen sind darauf ausgerichtet Gewinne zu machen. Dies bedeutet, dass sie zahlungskräftigere "Kunden" bevorzugen und ihr "Angebot" nicht nach den Erfordernissen allgemeiner Gesundheitsförderung ausrichten. Deshalb fordert die *WASG* den Stop aller Privatisierungen von Krankenhäusern und anderer Gesundheitseinrichtungen sowie die Rücknahme bereits erfolgter.

Um eine optimale Gesundheitsversorgung zu gewährleisten, ist eine bessere Vernetzung aller Anbieter notwendig. Mehrfachbehandlungen sind ebenso zu vermeiden wie lange Wege und Wartezeiten. Oft stehen unausgelastete medizinische Geräte an einem Ort veralteten oder fehlenden an anderen Orten gegenüber. Niedergelassene Ärzte müssen oft Geräte anschaffen, die sie nicht alleine auslasten können, mit der Folge häufig unnötiger Untersuchungen. Um dies zu vermeiden, ist die Einrichtung kommunaler Gesundheitszentren (Polikliniken) das wichtigste Mittel. Diese sollen mit den notwendigen Geräten und Ärzten ausgestattet werden, um sowohl eine umfassende medizinische Grundversorgung anbieten als auch ambulante Behandlungen durchführen zu können. Die Finanzierung und Ausstattung der Gesundheitszentren müssen darauf angelegt sein, die Menschen gesund zu erhalten und nicht nur im Falle einer Krankheit einzugreifen.

Ein wichtiger Aspekt einer guten, ebenso kosteneffizienten wie leidmindernden und –vermeidenden Gesundheitspolitik ist die Ausrichtung auf eine umfassende Prävention. Regelmäßige Diagnostik mit modernen medizinischen Techniken ist sowohl lebenswichtig als auch wirtschaftlich sinnvoll. Es ist zum Beispiel – ganz abgesehen vom Leiden der Patienten – um ein Vielfaches teurer, die Folgeschäden einer nicht rechtzeitig diagnostizierten oder unzureichend behandelten Diabetes zu beheben (etwa durch Operationen), als eine umfangreiche präventive, diagnostische wie beratende Betreuung der Patienten zu gewährleisten.

Prävention muss auch die Lebensgewohnheiten der Menschen berücksichtigen, allerdings ohne Schuldzuweisung oder gar Strafzuschläge etc. Der entscheidende Aspekt medizinischer Prävention muss eine gesunde Gestaltung der Lebenswelt sein. Hier geht gute Gesundheitspolitik Hand in Hand mit dem notwendigen ökologischen Umbau der Gesellschaft (vgl. Kapitel III. 8). Umweltbelastungen, Stress, Auslaugung der Menschen in der Arbeit, Bewegungsmangel etc. sind nicht einfach Ergebnis individuellen Fehlverhaltens, sondern struktureller Probleme dieser Gesellschaft. Die industrielle Produktion von Nahrungsmitteln hat zu einer unausgewogenen Ernährung weiter Teile der Bevölkerung geführt, mit bekannten Folgen wie Übergewicht oder Herzerkrankungen etc. Medizin und Gesundheitspolitik dürfen sich künftig nicht nur an der Behandlung von Folgeschäden orientieren, sondern müssen auch die Bekämpfung ihrer ökosozialen Ursachen angehen. Ein Schritt in diese Richtung wäre z.B. auch die Einführung von Ernährungsunterricht in Schulen.

Grundsätze der Humanität bewahren

Medizin muss sich am Wohl der Menschen orientieren. Die *WASG* fordert deshalb die Beachtung der Interessen der Patienten an erster Stelle. Der Ausbau der Patienteninformation muss vorangetrieben werden. Medizinische Experimente an einwilligungsunfähigen Patienten sind unzulässig. Medizinische Experimente dürfen nicht in die Dritte Welt exportiert werden und die Notlagen der Menschen dort ausnutzen.

Die Veränderungen der Informationstechnik haben auch Auswirkungen auf die Medizin. Es fallen immer mehr Daten an, konventionelle und genetische. Der Grundsatz der *WASG* lautet: Die Verfügungsgewalt über die Patientendaten muss beim Patienten selber liegen. Weder Arbeitgeber noch Versicherungen dürfen über eventuelle gesundheitliche Risiken informiert werden. Der Staat hat das besondere Vertrauensverhältnis von Arzt und Patient zu respektieren. Deshalb darf es keine Überwachung von Patientengesprächen im Rahmen des so genannten großen Lauschangriffs geben.

Gleichwohl sind die Möglichkeiten der Informationstechnik zum Wohle der Patienten einzusetzen, um Mehrfachbehandlungen und unnötige Wartezeiten zu vermeiden. Zudem muss die Informationstechnik dazu genutzt werden, die Behandlungen für den Patienten wie für die Kassen transparenter zu machen. Jeder Patient (oder im Falle der Nichtansprechbarkeit ein

Bevollmächtigter) muss Einsicht in alle Behandlungsunterlagen bekommen und jede an ihm vollzogene Behandlung oder Leistung per Unterschrift bestätigen. Über jede ärztliche Leistung ist eine allgemeinverständlich Rechnung zu erstellen, an den Patienten (Bevollmächtigten) auszuhändigen, von diesem zu prüfen, zu unterschreiben und an die Kassen zur Abrechnung weiterzuleiten. Die kassenärztlichen Vereinigungen würden also weitgehend überflüssig und könnten sukzessive aufgelöst werden. Um die Möglichkeiten und Rechte der Patienten zu stärken, sind Patientenombudsstellen auf Bundes-, Landes und kommunaler Ebene einzurichten.

Besondere Anforderungen an die Politik stellt die zunehmende Möglichkeit der genetischen Diagnostik und der genetischen Eingriffe dar. Die *WASG* lehnt Eingriffe in die Keimbahn des Menschen ab, da die Humanität wesentlich auf der Anerkennung der Vielfalt der Menschen und der Ablehnung einer funktionalen Normierung beruht. Die Präimplantationsdiagnostik als Einstieg in eine neue Eugenik ist zu verhindern. Sowohl reproduktives als auch therapeutisches Klonen von Menschen ist abzulehnen, da mit diesen Methoden menschliches Leben zum ausschließlichen Mittel der Bedürfnisse anderer degradiert wird. Zu fördern ist dagegen die Forschung an adulten Stammzellen, da medizinische Methoden, die auf deren Einsatz aufbauen, als eine Ausweitung der Selbstreproduktion des Körpers zu werten sind und einen Ersatz umstrittener Verfahren wie der Organtransplantation ermöglichen werden.

All diese Ziele müssen auch international verankert werden wie das Beispiel internationalen Organraubs und -handels zeigt. Die *WASG* fordert in diesem Zusammenhang das Verbot der Definition des Todes durch den so genannten Gehirntod, die allein deswegen eingeführt wurde, um Organtransplantationen zu erleichtern. Die Medizin hat alles zu unternehmen, Menschen am Leben zu erhalten. Ökonomische Erwägungen dürfen keinesfalls im Vordergrund stehen. Besonders bedrohlich sind Versuche, Sterbehilfe zu legalisieren. Die *WASG* lehnt sowohl die aktive wie auch die passive Sterbehilfe ab. Insbesondere in Zeiten des zunehmenden ökonomischen Effizienzdenkens (Schlagwort "sozialverträgliches Frühableben") würde dem Missbrauch Tür und Tor geöffnet werden. In den allermeisten Fällen verschwinden geäußerte Todeswünsche wieder, wenn die Randbedingungen verbessert werden und eine ausreichende Schmerzbehandlung erfolgt.

Drogenpolitik

Die prohibitorische Drogenpolitik ist gescheitert. Sie ermöglicht lediglich riesige Profite der organisierten Kriminalität und eine Profilierung rechter Innenpolitiker auf Kosten der Betroffenen. Weiche Drogen wie Cannabisprodukte sind – mit einer Altersbeschränkung von 18 Jahren – zu legalisieren. Insbesondere ist THC als Mittel zur Milderung der Begleiterscheinungen und Schmerzen, etwa bei Multipler Sklerose oder Krebs, zuzulassen. Substitutionsprogramme sind auszuweiten und nicht an Restriktion zu knüpfen. Medizinisch betreute Heroinabgabe an Abhängige ist ebenso zu ermöglichen wie der Ausbau von Fixerstuben. Die Beschaffungskriminalität kann auf diesem Wege entschieden gesenkt, die Sterblichkeit der Abhängigen reduziert sowie der Ausbreitung von Krankheiten vorgebeugt werden. Wenn die Profite des Drogenhandels durch seine Legalisierung respektive Ersetzung durch stattliche Maßnahmen verschwinden, verschwindet auch der Angebotsdruck. Es wird unrentabel, Menschen süchtig zu machen.

---

5. Gesellschaftspolitik

Wir betrachten viele Entwicklungen in unserer Gesellschaft mit großer Sorge. Das neoliberale Politikmodell hinterlässt nicht nur in der Ökonomie verheerende Spuren, sondern auch in allen anderen Gesellschaftsbereichen. Die Ideologie, die hinter dem neoliberalen Slogan "Leistung muss sich wieder lohnen" steckt, grenzt ebenso logisch wie unerbittlich und von vornherein alle Menschen aus und deklassiert sie, die nicht so leistungsfähig sind und dem Ideal der olympiareifen Produktionsmannschaft nicht entsprechen – Schwache, Kranke, Alte, alleinerziehende Frauen, Jugendliche und Kinder oder Langzeitarbeitslose, Sozialhilfeempfänger und Obdachlose. Die Kluft zwischen arm und reich wird immer breiter, Entsolidarisierung, Egoismus und Ellenbogenmentalität werden endemisch. Es breitet sich ein gesellschaftliches Klima aus, in dem alles Soziale in den Ruch des Bürokratischen, Verkrusteten, Leistungshemmenden, Unberechtigten und Erschlichenen gerät. Selbst unser (noch) größtenteils staatlich bzw. öffentlich-rechtlich organisiertes Bildungssystem kommt dann schnell ins Visier neoliberaler "Verschlankung" des Staates – in einem Lande, dessen Ökonomie auf die Ressource Humankapital so sehr angewiesen ist wie auf keine andere.

Die neoliberale Durchökonomisierung unserer Gesellschaft macht ebenso wenig halt vor den Medien möglicher demokratischer Öffentlichkeit. Presse, Funk und Fernsehen und in zunehmendem Maße auch das Internet geraten immer stärker unter den Primat von Markt und Profit. Wissen in all seinen Erscheinungsformen (Bibliotheken, Universitäten, Software etc.) wird immer stärker kommerzialisiert. Sogar unsere genetischen Grundlagen und das Leben selbst werden inzwischen gewinnbringend patentiert und somit dem Zugriff des Einzelnen wie demokratischer Öffentlichkeit entzogen.

Die Entsolidarisierung im Zuge der gesellschaftsweiten Durchsetzung der neoliberalen Ideologie zeitigt vor allem auch im innenpolitischen und Rechtsbereich verheerende Wirkungen. Sollen die Ausgegrenzten immer weniger mit wohlfahrtsstaatlichen Mitteln ruhig gestellt werden, greifen die ökonomisch Neoliberalen sehr schnell zu politisch äußert unliberalen Methoden. Dem Rückbau des Wohlfahrtsstaates steht der Ausbau des Sicherheits- und Überwachungsstaates gegenüber. Die Zahl der Gefängnisinsassen steigt und steigt, obwohl die Kriminalitätsraten seit Jahren nachweisbar stagnieren (von einzelnen Kriminalitätsformen wie etwa wachsender Wirtschaftskriminalität abgesehen). Die Anordnungen von Sicherungsverwahrungen haben sich in den letzten Jahren fast verdoppelt. Jede Gelegenheit (Kindesent-

führung und –mord, Terroranschläge in anderen Ländern etc.) wird von rechtspopulistischen Politikern aus allen Parteien genutzt, um eine immer weitergehende Verschärfung gesetzlicher Strafandrohungen zu fordern und durchzusetzen. Die neoliberale Gesellschaft ist eine hochgradig videoüberwachte und abgehörte Gesellschaft (großer Lauschangriff, Nutzung des gesamten Repertoires moderner Technik zur Datensammlung, Personenidentifizierung und –überwachung).

Die *WASG* wendet sich in aller Schärfe gegen diese unmenschlichen, unsozialen, hochgradig gefährlichen, weil demokratie- und freiheitsfeindlichen Entwicklungen.

Solidarisierung statt Verschärfung des Gegensatzes zwischen arm und reich

Die meisten der eben genannten besorgniserregenden gesellschaftlichen Entwicklungen wären mit hoher Wahrscheinlichkeit niemals eingetreten, wenn es die Massenarbeitslosigkeit nie gegeben hätte. Nichts fördert Armut so sehr wie der Verlust des Arbeitsplatzes und das langfristige Verharren in Arbeitslosigkeit. Mit keinem "Argument" wird von neoliberaler Seite Sozial-, Kultur- oder Bildungsabbau so sehr zu begründen versucht wie mit dem, dass wir uns die riesige Zahl an Arbeitslosen, Sozialhilfeempfängern oder Rentnern einfach nicht mehr leisten könnten und dass das Kapital höhere Gewinne benötige, um Investitionen tätigen und Beschäftigung schaffen zu können.

Der Abbau der Massenarbeitslosigkeit ist also die wichtigste Voraussetzung, um die Kluft zwischen arm und reich wieder weitest möglich schließen zu können. Mit welchen wirtschafts-, arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitischen Maßnahmen wir die Massenarbeitslosigkeit bekämpfen wollen, haben wir in den vorangehenden Kapiteln schon beschrieben und möchten hier nur darauf verweisen. Dies gilt ebenso in Hinblick auf unsere sozial- und gesundheitspolitischen Ziele zugunsten jener Menschen, die nicht nur in Zeiten der Massenarbeitslosigkeit, sondern grundsätzlich unserer Solidarität bedürfen.

Familie und Kinder

Im Bereich der vorschulischen Kinderbetreuung wollen wir ein umfassendes pädagogisches und auch Verpflegungsangebot, um soziale, familiäre und milieubedingte Besonderheiten zwischen den Kindern frühest möglich auszugleichen. Wir wollen, dass alle Familien die

Möglichkeit haben, ihre Kinder ganztägig in Kindertagesstätten betreuen und verpflegen zu lassen, und zwar kostenlos. Jeder Elternteil, jede Frau und jeder Mann muss die Möglichkeit haben, einen Vollerwerbsarbeitsplatz annehmen zu können. Und jeder Elternteil, jede Frau und jeder Mann muss die Möglichkeit haben, sich ausschließlich für die Erziehung seiner Kinder entscheiden zu können.

Wir wollen deswegen, wie oben schon dargestellt, die Erhöhung des Kindergeldes mindestens in dem Maße, wie die Abschaffung aller Kinderfreibeträge bei der Berechnung der Einkommenssteuer zu staatlichen Mehreinnahmen führt, sowie eine deutliche Erhöhung und Verlängerung des Erziehungsgeldes.

- Alleinerziehenden, die über kein anderes Einkommen verfügen, wird das garantierte Grundeinkommen gewährt, das ebenso schon im vorangehenden Kapitel beschrieben worden ist.
- Das Familien- und Scheidungsrecht darf keinen Elternteil bevorzugen oder benachteiligen. Der Wille des Kindes ist weit mehr als heute üblich zu berücksichtigen.
- Gesetzlich anerkannte gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften dürfen familienrechtlich in keiner Weise benachteiligt werden.

Innen- und Rechtspolitik

Wir lehnen den Rückbau des Wohlfahrtsstaates und den Ausbau des Sicherheits- und Überwachungsstaates ab. Geheime, weil vermummte und somit nicht identifizierbare Polizeieinsatzkräfte haben in einer Demokratie ebenso wenig zu suchen wie ein geheim arbeitender Verfassungsschutz. Demokratisch wache, wohlinformierte Bürger, die mit offenen Augen durch ihre Lebenswelt gehen, ein demokratisches öffentlich-rechtliches Mediensystem, das seinen Recherche- und Informationspflichten nachkommt, sowie eine kritische Presse und kritische Journalisten sind der beste Verfassungsschutz. Wenn dann noch die Massenarbeitslosigkeit samt ihrer verheerenden sozialen Folgen beseitigt wird, brauchen wir uns um den Erhalt unserer demokratischen Verfassung keine Sorgen mehr zu machen.

Wir wenden uns zudem gegen die immer stärker werdende Tendenz, das Strafrecht weiter zu verschärfen, wie wachsende Zahlen von Gefängnisinsassen und Sicherheitsverwahrungen zeigen, obwohl die Kriminalitätsraten im allgemeinen nachweisbar nicht steigen. Die beste Prävention gegen Kriminalität sind gute, milieukompensierende Ganztagsplätze in Kinder-

tagesstätten und Schulen für alle Kinder und Jugendlichen, sind pädagogisch betreute Jugendtreffpunkte und Kulturangebote, sind gute Ausbildungs- und Arbeitsplätze, sind Vollbeschäftigung und ein menschenwürdiges Leben in sozialer Sicherheit. Kriminalität ist fast ausschließlich eine soziales Produkt. Was als kriminell gilt, ist in starkem Maße das Resultat sozialer Konvention: Der mehrfach schwarzfahrende Obdachlose kommt irgendwann ins Gefängnis. Steuerhinterziehung in Millionenhöhe gilt aber oft noch als Kavaliersdelikt oder wird unter Gewährung großzügiger Amnestieangebote entkriminalisiert.

Wir wenden uns in aller Deutlichkeit gegen umfassende Tendenzen einer allgemeinen Überwachung aller Menschen in unserem Staat (Videoüberwachung, Lauschangriffe, Anlegung und Vernetzung umfassender Datenprofile, personelle biometrische Identifikations- und Überwachungssysteme etc.). Jede öffentliche Behörde oder Institution muss jedem Menschen auf Antrag gespeicherte Daten umfassend und rückhaltlos offenbaren unter eindeutiger und allgemeinverständlicher Darlegung der rechtlichen Grundlagen dieser Datenspeicherung.

Migration

Wir lehnen die faktische Abschaffung des Asylrechtes ab. Deutschland ist ein reiches Land. Wir könnten weit mehr Menschen aufnehmen, die vor Verfolgung aus politischen, religiösen oder sexistischen Gründung oder auf Grund höchster ökonomischer Not aus ihrer Heimat geflohen und oft auf lebensbedrohlichen Wegen zu uns gekommen sind. Die internationalen Flüchtlingsbewegungen sind auf Grund steigender Konflikthäufigkeit und wachsender ökonomischer Not enorm. Deutschland soll deswegen auch auf europäischer Ebene darauf drängen, in allen Mitgliedsländern weit großzügigere Aufnahmequoten zu verwirklichen als derzeit. Wir lehnen die asylpolitische Errichtung einer "Festung Europa" oder gar die Einrichtung von Internierungslagern an der europäischen Peripherie entschieden ab.

In vielen Großstädten Deutschlands liegt der Anteil jener MigrantInnen, die keine deutschen Staatsbürger sind, bei bis zu 20 Prozent. Viele von diesen Menschen leben hier seit Jahrzehnten oder sind in unserem Land sogar zur Welt gekommen. Diese Menschen müssen umgehend deutschen Staatsbürgern rechtlich gleichgestellt werden (leichtere Einbürgerung, Ermöglichung doppelter Staatsbürgerschaft, kommunales Wahlrecht für noch nicht eingebürgerte, aber schon lange Zeit hier lebende MigrantInnen etc.). Die rechtliche Integration und Gleichstellung ist die entscheidende Voraussetzung, um Ausländerfeindlichkeit und Rassis-

mus durch staatliche und nichtstaatliche Institution vorzubeugen. Angebote einer auch kulturellen Integration sind zwar zu verstärken (Sprachkurse etc.). Irgendwelchen staatlichen Zwang in dieser Richtung (Pflichtsprachkurse, Unterordnung unter eine ominöse deutsche "Leitkultur") lehnen wir aber entschieden ab.

Rechtlich nicht anerkannte MigrantInnen und Flüchtlinge sind strikt nach der UNO-Flüchtlingskonvention zu behandeln. Internierungslager (Abschiebegefängnisse) und Zwangsabschiebungen in Länder, in denen die Einhaltung der Menschenrechte nicht gewährleistet ist, sind in keiner Weise akzeptabel.

- Wir treten ein für eine Migrationspolitik, die sich strikt an den elementaren Menschenrechten orientiert.
- Wir treten ein für die umfassende rechtliche Gleichstellung aller Menschen ohne Unterschied ihrer Herkunft, Hautfarbe, Geschlecht, Meinung, Religion usw.
- Wir treten ein für das kommunale Wahlrecht für MigrantInnen, die seit langem hier leben.
- Wir treten ein für die Anerkennung des Asylrechts für Frauen aus geschlechtspezifischen Gründen.
- Wir treten ein für das Bleiberecht und die Legalisierung aller Menschen, die schon hier sind.

Medien in der demokratischen Öffentlichkeit

Die Printmedien sind in unserem Lande fast ausschließlich in privater Hand und damit Objekte gewinnorientierten Wirtschaftens. Seitdem in Deutschland auch privatfinanzierter Rundfunk und privatfinanziertes Fernsehen zugelassen sind, hat sich unser politisches und gesellschaftliches Leben grundlegend verändert. Dass der Neoliberalismus unsere gesamte Gesellschaft durchdringen und in Politik wie Ökonomie hegemonial werden konnte, ist nicht zuletzt auf diese Entwicklung zurückzuführen.

Wir sind keine Freunde privatfinanzierten Fernsehens. Es ist in demokratischer Perspektive nicht einzusehen, warum Menschen mit großem ökonomischen Vermögen ihre persönlichen Ansichten millionenfach verbreiten dürfen und Millionen kleine Lohnempfänger nicht. In der Demokratie gilt "ein Mensch = eine Stimme" – und es sollte nicht gelten "ein Dollar oder ein Euro = eine Stimme".

Gleichwohl sehen wir das Spannungsverhältnis zwischen diesem demokratietheoretischen Befund und dem verfassungsgemäßen Recht der freien Meinungsäußerung des Einzelnen und auch von Gruppen (Vereinen, Parteien, Gewerkschaften etc.). Das Grundgesetz fordert aber und konkrete Gesetze (Parteien- und Vereinsrecht u.ä.) bestimmen jedoch faktisch einen demokratischen Aufbau solcher Institutionen. Es ist nicht einzusehen, warum dies nicht auch bei Wirtschaftsbetrieben (privaten Sendeanstalten) gefordert werden sollte, die sich politisch äußern. Wir treten also ein für die Verwirklichung demokratischer Strukturen in privatfinanzierten Sendeanstalten sowie für öffentlich-rechtliche stimmberechtigte Beiräte aus allen relevanten gesellschaftlichen Gruppen, die über das Programmangebot mitbestimmen.

Das demokratisch legitimierte und strukturierte öffentlich-rechtliche Rundfunksystem soll als Gegenpol zu privatfinanzierter, gewinnorientierter Medienmacht massiv gestärkt werden. Die Werbefinanzierung seiner Programmangebote soll genauso abgeschafft werden wie das derzeitige Gebührensystem. Die Finanzierung eines demokratisch legitimierten und strukturierten öffentlich-rechtlichen Rundfunksystems hat ausschließlich aus dem allgemeinen Steueraufkommen zu erfolgen. Über die Höhe dieser Finanzierung soll eine demokratisch legitimierte, öffentlich-rechtlich strukturierte Kommission befinden, in der alle gesellschaftlich relevanten Gruppen repräsentiert sind. Ihre Beschlüsse wären durch das Parlament bei obligatorischer Aufhebung des Fraktionszwangs zu bestätigen.

Kultur

Im Mittelpunkt jeder Kulturpolitik muss der Mensch stehen als der eigentliche Urheber von Kultur.

Dennoch gilt: Kultur ist Ausdruck der Gesellschaft im Ganzen. In diesem Sinne ist Kultur nicht nur die Bezeichnung für den Umgang mit den Möglichkeiten des "Schönen" sondern auch des "Nützlichen". Folglich wird Kulturpolitik nicht nur sich mit den klassischen Feldern der ästhetischen Bildung, Präsentation und Produktion zu beschäftigen haben, sondern auch mit den jeweiligen Bereichen der politischen und ökonomischen Kultur.

Für die Gesellschaft bedeutet dies, dass sie die Bedingungen erhalten und schaffen muss, den Raum zu gestalten, in dem dieser kuturell-pflegerische Umgang mit dem Ausdruck von Gesellschaft möglich ist. Kultureller Umgang ist immer der Umgang der Menschen mit sich

und der sie umgebenden Umwelt.

Vor dem Hintergrund einer immer weiter wachsenden Ökonomisierung, Technisierung und Industrialisierung der menschlichen Umwelt heißt das:

- Förderung der Sprache in all ihren Formen (Theater, Literatur, Medien, Gespräch)
- Förderung der bildlichen Formen der Gesellschaft (Architektur, bildende Kunst, Kino, Medien)
- Förderung der klanglichen Formen (Musik, Rundfunk, aber auch Lärmschutz!)
- Förderung der körperlichen Formen (Tanz, Sport, auch Bewegung im öffentlichen Raum)
- Förderung der sonstigen sinnlichen Formen (Geruch, Geschmack, Berührung)
- Förderung der sozialen Formen (Verein, Stiftung, Partei, usw.)
- Förderung der Reflexion über Kultur

Die eigentlich gesellschaftlich-politische Förderung der Kultur besteht in der Förderung der Menschen, die diese Kultur rezipieren und produzieren. Das heißt, dass "Frei"-Räume geschaffen werden, in denen die Lust auf kulturelle Produktion und das Genießen dieser Produkte möglich sind.

Die Kulturpolitik auf der Ebene der Bundesrepublik Deutschland soll sicher stellen, dass den Bürgerinnen und Bürgern jeder Alterstufe die Möglichkeit zum Genuss und dem Tun von Kultur ermöglicht wird.

Für die private Kultur bedeutet dies, dass den Bürgerinnen und Bürgern genügend Freiraum in finanzieller und zeitlicher Hinsicht gelassen wird, um Kultur bewusst zu gestalten.

Für die öffentliche Kultur bedeutet das, dass den Kulturträgern der Kommunen, der Länder und des Bundes genügend Finanzmittel zu Verfügung gestellt werden, um ihren Aufgaben nachzukommen. (Literatur, Theater [Sprechtheater, Oper, Tanz, usw.], Konzert, Museen, Kunstschulen usw.) Damit dürfen keine staatlichen Direktiven verbunden sein.

Die private Kultur kann durch eine die Bürgerinnen und Bürger entlastende Arbeits-, Sozial- und Steuerpolitik gefördert werden:

- angemessene Arbeitszeiten und Entlohnung
- öffentliche Förderung von sozial und wirtschaftlich belasteten Bürgerinnen und Bürgern

jeden Alters

- steuerliche Begünstigung von kultureller Kosten (Eintrittsgelder, Entgelte, Kosten für privates kulturelles Tun, Stiftungsrecht, etc.)

Die Situation der öffentlichen Kultur kann durch eine angemessene Ausstattung mit Finanzmitteln verbessert werden. Die Rangordnung in der Verteilung soll über die Kommunen, die Länder zum Bund gehen. Um die Finanzierung zu ermöglichen, soll eine zweckgebundene Steuer auf Produkte der industriellen Massenkultur (Fernsehen, Funk, Werbung, Kino, Video- und Audio-Verlage, Sportveranstaltungen usw.) erhoben werden.

Durch die Förderung der Kultur auf einer breiten Ebene wird sich gleichzeitig die soziale und wirtschaftliche Situation der beruflich Kulturschaffenden verbessern.

Im Angesicht der stetig wachsenden rechtlichen Verflechtung der internationalen Beziehungen durch Gesetze (EU) und Abkommen (z.B. GATS) ist diese Abhängigkeit in der nationalen Kulturpolitik zu berücksichtigen.

---

6. Bildung statt Ausbildung

Alle Menschen streben von Natur nach Wissen. **(Aristoteles, Metaphysik 980 a 21)**

Grundlagen

Bildung ist eine zentrale gesellschaftliche Zukunftsaufgabe. Sie ist eine wesentliche Voraussetzung für die menschliche, gesellschaftliche, technologische und ökonomische Entwicklung. Auch für den Erhalt und die Weiterentwicklung sozialer und demokratischer Strukturen und Prozesse ist Bildung unerlässlich und muss für alle Menschen möglich sein. Das allgemeine öffentliche Bildungswesen hat die Aufgabe, allen Menschen umfassende soziale, politische und kulturelle Kompetenzen zu vermitteln. Das Bildungswesen hat unter demokratischer Kontrolle zu stehen und ist als eine öffentliche Aufgabe zu begreifen.

Jeder Mensch hat vielfältige Fähigkeiten. Im Laufe des Lebens können diese zu vielseitigen Kompetenzen entwickelt werden. Die Menschen haben in ihrer Geschichte die Welt mit ihrem Können und Wissen, mit ihren Plänen und Ideen aufgebaut und gestaltet. In diesem Wissen und diesen Fähigkeiten liegt der eigentliche Reichtum unserer Welt. Sie gilt es allseits zu entwickeln und zu fördern, um eine humane Gestaltung der Welt zu ermöglichen.

Eine umfassende Bildung bereitet nicht nur auf das Berufs- und Arbeitsleben vor, sondern ist Menschenbildung für ein erfülltes Leben. Die gesamte heranwachsende Persönlichkeit in ihren körperlichen Fähigkeiten, ihren emotionalen Empfindungen, ihren Wertvorstellungen, ihrem Wissen und Können und ihrer Handlungskompetenz muss möglichst universell entwickelt werden. Wenn lediglich abfragbares Testwissen bildungspolitisch beachtet wird, können Menschen nicht umfassend gesehen werden. Die Qualifizierung für Berufsarbeit, Hausarbeit und für das soziale Zusammenleben in allen Lebensbereichen ist die Basis für ein gleichberechtigtes Zusammenleben von Menschen verschiedener Kulturen in dieser Welt. Erst wenn die Persönlichkeit jedes einzelnen Menschen gestärkt ist, kann die Fähigkeit und Bereitschaft zu lebenslangem Lernen erwachsen.

- Jeder Mensch hat im Sinne der UNESCO-Erklärung von Salamanca das Recht auf den Zugang zu allen Bildungsangeboten.
- Jeder Mensch hat das Recht auf umfassende Förderung seiner Fähigkeiten.

- Jeder Mensch hat das Recht auf Entwicklung seiner Persönlichkeit.
- Jeder Mensch hat das Recht, auf die aktive Teilhabe an der Demokratie vorbereitet zu werden.
- Jeder Mensch soll für die konstruktive Lösung der Schlüsselprobleme unserer Zeit vorbereitet werden. Dazu zählen Probleme und Fragen wie Frieden und Krieg, Umweltzerstörung, Technikfolgen, Gleichberechtung und Gerechtigkeit auf der Welt sowie die sozial verantwortete individuelle Gestaltung eines glücklichen Lebens.

Vorschule

Die Verpflichtung der Gesellschaft gegenüber dem Kind beginnt mit dessen Geburt. Viele Eltern, ob alleinerziehende oder nicht, sind durch die Notwendigkeiten des Erwerbslebens oder andere Umstände daran gehindert, ihrem Kind die notwendige Zeit zu widmen. Daher fordert die *WASG* die Bereitstellung eines kostenlosen Krippen- und Kindergartenplatzes für jedes Kind bis zum zehnten Lebensjahr. Die Kindergärten sind räumlich, mit Material und Personal so auszustatten, dass sie nicht nur als "Aufbewahrungsanstalten" fungieren, sondern in der Lage sind, jedes einzelne Kind von Anfang an in der Entfaltung seiner Möglichkeiten zu fördern und milieubedingte Lernschwächen frühzeitig auszugleichen. Dazu ist der Beruf des Erziehers aufzuwerten.

Grundschule

Die Grundschule hat die Aufgabe, die Grundlagen des gesellschaftlichen und kulturellen Lebens aller Kinder zu legen. Dazu gehört auch die besondere Förderung benachteiligter Kinder.

Ein wesentlicher Grund für die Schwächen des deutschen Schulsystems ist die frühe Selektion der Schüler. Diese hindert nicht nur die schwächeren Schüler in ihrer Entwicklung, weil ihnen notwendige Förderung vorenthalten wird. Auch leistungsstarke, aber sozial schwache Kinder fallen dieser Selektion zum Opfer. Kindern aus privilegierten Sozialmilieus wird zudem die Möglichkeit genommen, unterschiedlichste soziale Erfahrungen zu sammeln.

Die *WASG* tritt ein für die Durchsetzung folgender schul- und bildungspolitischer Maßnahmen ein:

- Die Grundschulen sind so auszustatten, dass eine Klassenstärke von zwanzig Kindern nicht überschritten wird.
- Der gemeinsame Unterricht muss mindestens bis zur zehnten Klasse erfolgen.
- Verstärkung der Förderung legasthenischer Kinder, Anerkennung der mathematischen Lernschwäche und Förderung der betroffenen Kinder.
- Sprachförderung für alle Immigrantenkinder und besondere Unterstützung dieser Kinder und ihrer Eltern.
- Ausweitung der psychosozialen Betreuung der Kinder und ihrer Familien durch Psychologen und Sozialarbeiter in den Schulen.
- Abschaffung der Sonderschulen und Ersetzung durch Integrationsklassen.
- Ermöglichung des Unterrichts von zwei oder mehr Lehrern in schwierigen Klassen.
- Ausweitung des Sportunterrichts auf mindestens drei Doppelstunden wöchentlich. Dieser ist durch qualifizierte Sportlehrer ohne Leistungs- und Wettkampfdenken durchzuführen. Das körperbetonte Lernen (Sport und andere Bewegungsformen) muss als Ergänzung zum sitzenden Lernen weit mehr als bislang gefördert werden. Besonders dieser Bereich ist heute von Kürzungen betroffen ist. Die Folgen sind gesundheitliche Probleme und eine Verzögerung der intellektuellen und persönlichen Entwicklung der Kinder.
- Für alle Schüler müssen verstärkt technische und lebenspraktische Elemente in den Unterricht aufgenommen werden (Werkunterricht, Kochen, Hauswirtschaft etc.).
- Gemeinsame Schulspeisungen für alle Kinder.
- In allen Klassen muss völlige Lernmittelfreiheit herrschen.

Zur Erreichung all dieser Ziele muss die Schule künftig eine Ganztagsschule sein, die nicht nur der Aufbewahrung der Kinder dient, sondern die ein umfangreiches schulisches wie außerschulisches pädagogisches Angebot macht (Hausaufgabenhilfe, Freizeiträume, Theater- oder Sportgruppen etc.), um milieubedingten Lernschwächen und anderen sozialen Problemen (Abschottung von Peer Groups entsprechend sozialer Schichtung etc.) frühzeitig zu begegnen.

Lehrer

In einem pseudopraktischen, rein wirtschaftsorientierten und bildungsfeindlichen Klima hat das Ansehen des Lehrerberufs in den letzten Jahrzehnten massiv gelitten. Zugleich sind die

Belastungen durch die materiellen und psychosozialen Verelendungsprozesse in dieser Gesellschaft und auf Grund der erhöhten Stundenzahlen und Klassengrößen stark angewachsen. Jahrzehntelang wurden viel zuwenig junge Lehrer eingestellt. Der schlechte Ruf des Lehrerberufs führte zudem zu einer ungünstigen Auswahl derjenigen, die diesen Beruf ergriffen haben, oder zu einer Demotivierung jener, die ihn mit Engagement begannen.

Die *WASG* tritt ein für die Durchführung folgender Massnahmen:

- Die Lehrerausbildung ist aus den Universitäten herauszunehmen und in pädagogische Hochschulen zu überführen.
- Lehrer brauchen Lebenserfahrung. Deshalb sollen Lehramtstudenten für die Zulassung zum Studium eine abgeschlossene, nicht-pädagogische Ausbildung oder fünf Jahre Praxis in einem nicht-pädagogischen Beruf nachweisen.
- Die Erhöhung der Unterrichtsstunden für Lehrer muß zurückgenommen werden. Guter Unterricht braucht gute Vor- und Nachbereitung.
- Anerkennung des Lehrerberufs als einer der wichtigsten der Gesellschaft. An ihm hängt die Zukunft der Gesellschaft.

Berufsausbildung

Das duale Ausbildungssystem sichert für diejenigen, die das Glück haben, in ihm einen Ausbildungsplatz zu finden, in der Regel eine gute Berufsausbildung. Aber jedes Jahr wieder gibt es zehntausende Jugendliche, die dieses Glück nicht haben. Zudem bildet die Wirtschaft auch immer wieder an ihrem eigenen Bedarf vorbei aus, so dass Lehrstellenmangel und Facharbeitermangel oft Hand in Hand gehen.

Die *WASG* tritt ein für:

- eine Lehrstellenabgabe für alle nicht ausbildenden Betriebe, deren Höhe ausreichend ist, die Unternehmen zu verstärkter Ausbildung zu veranlassen.
- den massiven Ausbau staatlicher Berufsausbildung, um Jugendlichen, die in der freien Wirtschaft keinen Ausbildungsplatz finden, eine qualifizierte Berufsausbildung zu ermöglichen sowie volkswirtschaftliche Erfordernisse (Behebung des Facharbeitermangels etc.) besser berücksichtigen zu können.

Studium

Die berufliche Ausbildung in Deutschland kann im weiterführenden Bereich (Facharbeiter, Fachhochschulen und Hochschulen) international nicht nur mithalten. Insbesondere in den Natur- und Ingenieurwissenschaften ist das deutsche Ausbildungssystem Weltspitze. Diese Spitzenstellung wird durch die Einführung von Studiengebühren gefährdet. Speziell die ingenieurwissenschaftlichen Fächer werden in starkem Maße von Aufsteigern aus den unteren sozialen Schichten belegt. Diese Schichten sind in den universitären Ausbildungsgängen in Deutschland bisher schon stark unterrepräsentiert. Studiengebühren, auch wenn Stipendien etc. als Ausgleich geschaffen werden, würden diesen Trend weiter verstärken und die wichtigste personale Grundlage der deutschen Wirtschaft gefährden.

Das Internet und die Globalisierung der Wirtschaft werden die nächsten Jahrzehnte bestimmen. Beides stellt nicht nur technische und ökonomische Anforderungen an die Menschen. Mehr als zweieinhalb Milliarden Chinesen und Inder streben in die Weltwirtschaft. Aber auch Schwellenländer wie Korea, Taiwan oder Brasilien werden in Produktion, Handel und Kommunikation mehr und mehr präsent sein. Das Internet präsentiert immer mehr Informationen, die nicht mehr einer redaktionellen Bearbeitung unterworfen sind. Nachdem in den neunziger Jahren die technischen Grundlagen gelegt wurden, werden zunehmend die Inhalte des Internets von Bedeutung. Damit verbunden werden Fähigkeiten wie Quellenkritik und Kenntnis fremder Sprachen und Kulturen einen massiven Bedeutungsgewinn erfahren.

Die *WASG* tritt ein für:

- ein freies Studium für alle Studierwilligen ohne jegliche Studiengebühren,
- ausreichend hohes Bafög ohne Rückzahlung, so dass kein Student arbeiten muss, um soziale und familiäre Benachteiligungen zu kompensieren,
- nicht nur keinen Rückbau, sondern den Ausbau der geisteswissenschaftlichen Fächer inklusive so genannter Exotenfächer wie thailändische Sprache oder afrikanische Geschichte.

Lebenslanges Lernen

Die rasante Entwicklung unserer Welt in technischer, ökonomischer und sozialer Hinsicht fordert immer neues Wissen und neue Fähigkeiten von allen Menschen. Niemand kann sich

sicher sein, dass sein Beruf in fünf oder zehn Jahren noch benötigt wird oder seine Fachkenntnisse nicht schon in zwei Jahren hoffnungslos veraltet sind. Auch das Bedürfnis nach der Entfaltung der eigenen Persönlichkeit macht Bildungsangebote speziell für Erwachsene zu einer unabdingbaren Notwendigkeit. Es ist für diese Gesellschaft einfach beschämend, dass ein nicht unerheblicher Teil der Erwachsenen elementare Kulturtechniken wie Lesen und Schreiben nicht beherrscht.

Die *WASG* tritt ein für:

- eine umfassende Alphabetisierungskampagne, um vielen Menschen den Weg zur Bildung überhaupt erst zu eröffnen.
- kostenlose Kurse für den Erwerb zentraler Fähigkeiten und Kenntnisse (Englisch- oder Computerkurse etc.).
- Jedem muss das Recht auf den Wechsel seines Berufes zugestanden werden. Dafür sind Umschulungen oder Zweitstudien zu bezahlen.
- Die öffentlichen Bibliotheken sind als Zentren allgemeinen und kostenlosen Lernens auszubauen.
- Jeder Arbeitslose oder Bezieher eines garantierten Grundeinkommens muss einen kostenlosen Internetzugang erhalten.

---

7. Wissen ist Macht - Wissensgesellschaft als informierte oder uni(n)formierte Demokratie?

Wissen ist Macht. Deshalb ist der Zugang zu Informationen ein zentraler Schlüssel für das Funktionieren von Demokratie. Die bewussten Fehlinformationen über Massenvernichtungswaffen im Irak haben einen Angriffskrieg ermöglicht. Die Fehlinformationen über die Ursachen der Schwierigkeiten der sozialen Sicherungssysteme treiben Millionen von Menschen in die Armut. Wissen über Menschen ermöglicht ihre Kontrolle. Das ist nicht neu. Neu ist das Ausmaß, in dem dies geschieht und sich in naher Zukunft zu verstärken droht auf Grund der rasanten Entwicklung der elektronischen Datenverarbeitung.

Die Freiheit aller Menschen hängt von der Ausgestaltung des Umgangs mit Wissen und Information ab. Wir stehen vor der Wahl, die Informationstechnik dafür zu nutzen, dass Menschen sich leicht alle für eine politische Teilhabe oder kreative oder wirtschaftliche Tätigkeit notwendigen Informationen beschaffen können – oder die Informationstechnik dafür zu nutzen, Menschen zu überwachen, zu gängeln, zu selektieren und zu normieren.

Was ist die Wissensgesellschaft?

In der Öffentlichkeit wird die Entwicklung hin zu einer Wissensgesellschaft zumeist unter ökonomischen, vielleicht noch bildungspolitischen Gesichtspunkten erörtert. Wissensgesellschaft ist eine Gesellschaft, in der die primäre Ressource im Produktionsprozess das Wissen der Menschen ist. Schon immer hat Wissen über Techniken, über Rohstoffe oder über die Organisation von Arbeit eine große Rolle gespielt, stand aber am Ende hinter der tatsächlichen Arbeit an den Rohstoffen und mit den Techniken zurück. Wissensgesellschaften zeichnen sich dadurch aus, dass Wissen selbst der zentrale Rohstoff wird. Wichtig wird also das Wissen über Techniken, Wissen zu verarbeiten. Wichtig wird also das Wissen um die Organisation der Wissensverteilung. Wichtig wird also das Wissen um die Verfügung über den Rohstoff Wissen. In einer kapitalistischen Gesellschaft sind damit Verteilungskämpfe um den Rohstoff Wissen vorprogrammiert. Die *WASG* will in diese Verteilungskämpfe zu Gunsten der jetzt schon Benachteiligten und zur Stärkung demokratischer Teilhabe eingreifen.

Die *WASG* ist für einen freien Zugang zu gesellschaftlich erworbenem. Dieses Wissen ist in Jahrtausenden von allen Menschen gemeinsam gewonnen worden.

Open Source als technische Grundlage künftiger Demokratie

Weil die Möglichkeit, Informationen auf technischem Wege verarbeiten zu können, so wichtig ist, muss auch die Verfügbarkeit dieser technischen Ressourcen gegeben sein. Dafür reicht es nicht, dass in jedem Klassenzimmer und in jedem Haushalt ein Computer steht, wenn die Benutzung dieses Computers strenger Kontrolle unterworfen ist. Speziell manche Betriebssysteme und Officeprogramme werden mit jeder Version neugieriger auf das, was der Nutzer mit ihnen macht. Nicht jeder wird sich seine Programme selber schreiben können oder wollen. Nicht jeder wird auch den Code von Open Source Programmen kontrollieren. Aber diese Kontrolle ist prinzipiell möglich und wird von vielen Menschen wahrgenommen. So sorgt Open Source Software für die Möglichkeit, dass Menschen grundsätzlich wissen können, was auf ihrem Computer passiert.

- Die *WASG* fordert daher die gesetzliche Anerkennung der Open Source Lizenzen.
- Die Software der öffentlichen Einrichtungen soll so weit wie möglich auf Open Source Software umgestellt werden.

Die *WASG* fordert die Verhinderung jeglicher Softwarepatente. Softwarepatente nützen nur einigen wenigen großen Firmen, die jährlich tausende Patente anmelden, da sie Patentinformationen tauschen können. Die klein- und mittelständische Industrie wird in ihrer Innovationsmöglichkeit beschnitten. Der Privatanwender muss horrende Preise bezahlen, wenn er überhaupt Zugang zu bestimmter Software bekommt. Welche Gefahren in Softwarepatenten liegen können, macht ein Beispiel deutlich. Die British Telekom besitzt das Patent auf Hyperlinks, verzichtet aber auf dessen Ausübung. Täte sie dass nicht, wäre jeder Internetnutzer lizenzkostenpflichtig. Softwarepatente fördern nicht den Fortschritt, sie verhindern ihn.

Das Internet ist die entscheidende Plattform

Das Internet ist die entscheidende Plattform zum Austausch von Wissen und Information. Der Zugang zum Internet muss weltweit kostenlos und ohne Zensur erfolgen. Wichtig ist auch die Möglichkeit, seine eigenen Inhalte im Internet präsentieren zu können. Deshalb müssen die Domains von Privatpersonen gesetzlich geschützt werden. Sie dürfen nicht mehr dem Marken- und Wettbewerbsrecht unterliegen: Wer eine Domain zuerst anmeldet, soll sie behalten. Die Politik vieler Firmen, sich bestimmte Domainnamen (in Anlehnung an bestimmte Markennamen) gerichtlich zu erkämpfen und danach zu monopolisieren, ist zu unterbinden.

Die internationale Verwaltung des Internets und der Domains ist zu demokratisieren. Die bisherigen ICANN-Wahlen waren nicht besser als das preußische Dreiklassenwahlrecht. Alle Domaininhaber müssen die ICANN-Leitung mit gleicher Stimme wählen können. Das Internet darf nicht länger Eigentum der US-Regierung sein, sondern muss in eine eigene UNO-Organisation überführt werden. Wir wenden uns gegen jeden Versuch, Inhalte des Internets zu zensieren.

Gegen die Enteignung des Wissens

Verschärftes Urheberrecht, Patente und das Markenrecht bedrohen den freien Zugriff auf das Wissen der Menschheit. Wissenschaftliche Veröffentlichungen verschwinden immer mehr in Datenbanken, für deren Zugang selbst die Autoren bezahlen müssen. Universitäten und andere Bildungseinrichtungen verkaufen immer mehr das in Jahrtausenden angesammelte Wissen der Menschheit. Die *WASG* unterstützt die Forderung nach Open Access zu allen wissenschaftlichen Daten und Aufsätzen. Die Kommerzialisierung der Bildung ist zu stoppen.

Patente auf Lebewesen oder Teile von Lebewesen, insbesondere aber von Menschen dürfen nicht zulässig sein. Damit wird nicht nur die weitere Forschung monopolisiert, sondern auch der Zugang zu medizinischen und landwirtschaftlichen Ressourcen eingeschränkt und verteuert. Im Extremfall kann das dazu führen, dass Menschen Lizenzgebühren für ihre Existenz bezahlen müssen.

Das Urheberrecht wird immer mehr zu einer Waffe der Enteignung der Menschen von ihren kreativen Leistungen. Geistiges Eigentum ist eine Beschränkung der Kreativität aller. Jeder, der eine kreative geistige Leistung vollbringt, tut dies auf den Schultern von Riesen, von den Generationen, die vor ihm Wissen zusammengetragen haben. Dies verpflichtet ihn, seine eigene Leistung ebenfalls allen anderen zur Verfügung zu stellen. Statt über den rechtegestützten Verkauf kann er über Dienstleistungen Geld verdienen. Nirgendwo ist die geistige Verödung durch das Urheberrecht mehr zu spüren als in der Musikindustrie. Musikalische Kreativität kann nicht mehr wie in vorherigen Jahrhunderten frei aufeinander aufbauen.

Gegen die Datensammelwut – für informationelle Selbstbestimmung

Mit der Möglichkeit, große Datenmengen zu speichern und automatisiert zu verarbeiten steigt

auch die Neigung, immer mehr Daten zu sammeln. Dies gilt für den Staat genauso wie für die Wirtschaft. Auf Webseiten werden genaue Bewegungsprofile erstellt mit Hilfe von Cookies und Parametern in Links. Der Handel mit Adressen blüht. Es werden Bonitätsprüfungen auf Basis der Adresse (Strasse, Stadtteil) vorgenommen. Systeme wie Toll-Collect bergen die Gefahr, zur Erstellung flächendeckender Bewegungsprofile genutzt zu werden. Die Einführung von RFID-Chips erlaubt es nicht nur dem Einzelhandel, genaue Kundenprofile zu erstellen und ihren Verkauf darauf zu optimieren. Vereinzelt werden RFID-Chips bereits unter TÜF-Plaketten platziert. Die *WASG* fordert strenge Regeln im Umgang mit RFID-Chips, die es verbieten, diese zur Erfassung von Personendaten zu nutzen. Der Einzelhandel muss die RFID-Chips spätestens beim Verlassen des Ladens entfernen oder unbrauchbar machen. Jeder Mensch muss die Verfügung über seine Daten wiedererlangen. Die bisherigen Auskunftspflichten über gespeicherte Daten sind nicht ausreichend. Sie müssen um eine Meldepflicht der Datenspeicherung an den Bundesdatenschutzbeauftragten erweitert werden, so dass eine einfache Anfrage jedem Menschen einen vollständigen Überblick gibt, wo Daten über ihn gespeichert sind.

Die informationelle Selbstbestimmung muss auch auf alle Gesundheitsdaten und genetischen Informationen ausgeweitet werden. Das Anlegen von generellen Gendatenbanken zur Verbrechensbekämpfung oder zur Bewertung von Versicherten oder von Angestellten eines Betriebes muss weiter verboten bleiben. Die Patientenkarte muss ein Höchstmaß an Kontrolle des Patienten über seine Daten gewährleisten.

Die *WASG* fordert ein Informationsfreiheitsgesetz, dass den Bürgern eine maximale Einsicht in das Verwaltungshandeln erlaubt. So können Korruption und Behördenwillkür am besten bekämpft werden. Die Erfahrungen der USA haben gezeigt, dass hierfür klare Fristen festgelegt werden müssen, bis wann welche Auskunft erteilt werden muss. Außerdem muss die Beweislast, ob eine Auskunft verweigert werden kann (z.B. wegen des Persönlichkeitsschutzes eines Dritten), bei der verweigernden Behörde liegen.

---

8. Ökologischer Umbau der Industriegesellschaft

Steht unsere grundsätzliche Strategie, Vollbeschäftigung nicht nur durch Arbeitszeitverkürzung und Arbeitsumverteilung zu schaffen, sondern auch durch Stimulation wirtschaftlichen Wachstums mittels massiver Umverteilung der Einkommen von oben nach unten und vor allem auch in Richtung sozialen Konsums, im Widerspruch mit ökologischen Erfordernissen? Wir meinen nicht. Wirtschaftliches Wachstum muss keineswegs automatisch ein Wachstum des Ausstoßes von Giftstoffen oder des Verbrauches von nicht regenerierbaren Rohstoffen oder Energieträgern zur Folge haben. Schon die letzten Jahre haben gezeigt, dass in den entwickelten Industrieländern der Energieverbrauch weit weniger schnell wächst als das Sozialprodukt und in einigen Ländern stagniert oder sogar rückläufig ist, trotz wirtschaftlichen Wachstums insgesamt.

Diese Entwicklung ist vor allem der Umweltpolitik zu verdanken, die sich auch und vor allem in Deutschland Anfang der 1970er Jahre etablierte und seitdem durchaus Erfolge vorzuweisen hat. Unsere Atemluft oder unsere Flüsse sind definitiv sauberer geworden.

Zu diesen relativen Erfolgen hat selbstverständlich auch einfaches betriebswirtschaftliches Kostendenken beigetragen. Steigen die Preise von Rohstoffen oder Energieträgern auf Grund ihrer (relativen oder absoluten) Verknappung, ist dies ein Anreiz, sparsamer mit diesen natürlichen Ressourcen umzugehen, sie, wenn möglich, zu recyceln, oder sie sogar vollständig durch regenerierbare zu substituieren.

Wirtschaftliches Wachstum heißt also nicht per se quantitatives Wachstum. Das zeigt auch die grundsätzliche Entwicklung moderner Industriegesellschaften in Richtung einer Dienstleistungs-, Wissens- und Informationsgesellschaft. Es ist ökologisch (wie ökonomisch!) natürlich weit vorteilhafter, Informationen zu transportieren statt materielle Dinge – Videokonferenzen abzuhalten statt Teilnehmer hunderte von Kilometern zu transportieren oder E-Mails statt realer Briefe zu verschicken.

Diese grundsätzlich positiven Entwicklungen der Entkoppelung wirtschaftlichen Wachstums vom Verbrauch natürlicher, nicht regenerierbarer Ressourcen und von der Produktion umweltschädlicher Substanzen möchten wir durch verschiedene umweltpolitische Maßnahmen forcieren, die hier vorab stichpunktartig genannt seien: ökologische Veränderung der

staatlichen Nachfragestruktur, Einsatz verschiedener umweltpolitischer Ge- und Verbote, Technologiefolgenabschätzung, Förderung ökologischer Technikinnovation, ökologische volkswirtschaftliche Gesamtrechnung bzw. Buchhaltung (Makroebene) und betriebliche Umweltbilanzen (Mikroebene), ökosozialer Umbau des Energiesystems und des Verkehrssystems samt unserer Siedlungsstrukturen sowie Ökologisierung der Landwirtschaft.

Ökologische Veränderung der staatlichen Nachfragestruktur

In der Diskussion über sinnvolle Mittel und Wege in Richtung einer ökologisch nachhaltigen Wirtschaftsweise kommt einer der wichtigsten instrumentellen Ansatzpunkte interessanterweise kaum vor: die Möglichkeit wie die Notwendigkeit, den gesamten Staatskonsum und alle öffentlichen Investitionen strengen Kriterien ökologischer Nachhaltigkeit zu unterwerfen. Der Staat könnte und sollte in seinem konsumtiven wie investiven Verhalten Vorbildfunktion haben und eine ökologische Vorreiterrolle spielen. Er nimmt diese Rolle bis heute aber kaum war. Die Staatsquote am Sozialprodukt (also nicht die weit höhere Sozialquote, die auch alle ökologisch kaum relevanten sozialen Umverteilungen von Einkommen umfasst) liegt schon heute bei 15-20 Prozent. Auf Grund des von uns geforderten massiven Ausbaues vielfältigster öffentlicher Dienstleistungsangebote (Bildung, Ausbildung, Forschung, öffentliches Verkehrssystem, Kultur- und Sozialeinrichtungen etc.) würde diese Quote mittel- und langfristig ebenso massiv steigen. Hier liegt also ein sehr großes Potenzial, den ökologischen Umbau unserer Wirtschaft voranzubringen: Fragt der Staat primär Panzer oder Atomkraftwerke nach, produziert die Wirtschaft entsprechend Panzer oder Atomkraftwerke. Fragt er hingegen Sonnenkollektoren oder Niederenergiehäuser nach, produziert die Wirtschaft Sonnenkollektoren oder Niederenergiehäuser. Dieses Potenzial einer ökologisch orientierten Umlenkung der staatlichen konsumtiven wie investiven Nachfrage muss in Zukunft weit intensiver genutzt werden als heute. Sämtliche staatlichen konsumtiven oder investiven Vorhaben sind in Zukunft ökologisch zu begutachten (Erstellung von Umweltbilanzen etc.) und in ökologisch nachhaltiger Weise zu realisieren. Unser Ziel ist die energetische Optimierung aller öffentlichen Gebäude und die Installation von Sonnenkollektoren auf allen ihren Dächern!

Ökologische Lenkungssteuern statt Lizenzierung von Umweltverschmutzung

Der größte Teil umweltrelevanter ökonomischer Aktivitäten findet jedoch in der freien Wirtschaft, auf dem grundsätzlich freien, faktisch aber oft oligopolistisch bis monopolistisch

strukturierten Markt statt. Wir wollen die grundsätzliche Freiheit des (auch kollektiven, öffentlichen, genossenschaftlichen, gewinn- und kapitalbeteiligten!) Wirtschaftens selbstverständlich erhalten, weil wir Anhänger einer möglichst freien Gesellschaft insgesamt sind. Wir sind jedoch der Meinung, dass das "freie" Spiel der Marktkräfte sehr viel konsequenter in Richtung ökosozialer Nachhaltigkeit gelenkt werden muss. Ein wirklich freier Markt tendiert, wie alle Logik und alle Erfahrungen zeigen, zur Externalisierung aller sozialen und ökologischen Kosten zu Lasten der Allgemeinheit sowie zu monopolistischer Selbstzerstörung.

Zum Zwecke der Umlenkung der marktwirtschaftlich organisierten Nachfrage- und Produktionsprozesse eignen sich ökologische Lenkungssteuern in ganz hervorragender Weise. Ökologisch nachhaltiges Wirtschaften kann generell definiert werden als eine Wirtschaftsweise, die natürliche Ressourcen nur im Rahmen natürlicher Regenerationsfähigkeit nutzt. Unterhalb dieser Toleranzschwelle ist Wirtschaften also (zumindest) ökologisch unbedenklich. Es geht also um ein Mehr oder Weniger der Nutzung natürlicher Ressourcen und nicht um ein Entweder-Oder.

Genau diesem Tatbestand kann mit ökologischen Lenkungssteuern weit besser entsprochen werden als etwa mit Ge- oder Verboten. Lenkungssteuern funktionieren nach dem Prinzip des Mehr oder Weniger, des Sowohl als auch. Ge- oder Verbote jedoch (in der Regel) nach dem Prinzip Ja oder Nein, verboten oder nicht verboten. Mit Lenkungssteuern kann ökonomisches Verhalten also sehr flexibel an vorhandene natürliche Toleranzschwellen (samt einzuhaltender großer Sicherheitsmargen) angepasst werden.

Die schrittweise Einführung und Erhöhung ökologische Lenkungssteuern hat somit den großen Vorteil, dass sie allen Marktsubjekten (Produzenten, Ingenieure, Wissenschaftler wie Verbraucher) Zeit lässt, sich über Produkt- und Prozessinnovationen sowie Verbrauchstrukturveränderungen an die neuen Markt(preis)bedingungen anzupassen.

Ökologische Lenkungssteuern haben zudem den Vorteil, dass sie quasi mit einem Federstrich (Gesetz) eingeführt oder erhöht (verändert) und meist durch vorhandene Behörden (etwa die Finanzämter) verwaltet werden können und keine neuen Bürokratien schaffen – man denke etwa an die Mineralölsteuer. Wir sind deswegen gegen die Einführung eines vermeintlich marktkonformen Systems so genannter Umweltzertifikate, das heißt von an speziellen Börsen handelbaren staatlichen Lizenzen, gewisse Umweltbelastungen (etwa einen bestimmten Aus-

stoß von CO_2) vornehmen zu dürfen. Ein solches Zertifikatsystem erfordert sehr viel organisatorischen und damit finanziellen Aufwand (Einrichtung von Börsen, Herstellung und Zuteilung der Zertifikate, Überwachung der Einhaltung von Obergrenzen der Umweltbelastung entsprechend der Menge der gekauften Zertifikate etc.), und es ermöglicht die Entstehung von "Zertifikatmonopolisten", also einer weiteren Möglichkeit großer Konzerne, kleine Konkurrenten aus dem Markt zu drängen.

Ökologische Lenkungssteuern haben schließlich den positiven Effekt, zur Finanzierung staatlicher, sozialer und eben auch ökologischer Projekte herangezogen werden zu können. Dieser Aspekt sollte bei ihrer Erhebung (oder Erhöhung) allerdings keineswegs im Fordergrund stehen.

Gebote und Verbote

Einem Kind, das in einer verkehrsberuhigten Zone durch einen unachtsamen, zu schnell fahrenden Autofahrer gefährdet wird, kann es gleichgültig sein, dass durch die schrittweise Erhöhung der Mineralölsteuer der automobile Verkehr insgesamt gebremst wird. Ökologische Lenkungssteuern können in vielen Bereichen notwendige Ge- und Verbote nicht ersetzen, etwa eine vernünftige Straßenverkehrsordnung. Die Produktion bestimmter Stoffe (Plutonium, DDT, FCKW etc.) sowie bestimmte Produktionsprozesse (Erzeugung von Elektrizität durch Atomkraftwerke, Fischfang mit zu engmaschigen Netzen etc.) müssen einfach verboten werden. Hier hilft keine Mehr oder Weniger. Hier helfen nur sachgerechte, genau spezifizierte Verbote. Das tatsächliche Verhältnis von ökologischen Lenkungssteuern zu Ge- und Verboten ist also einzelfallorientiert nach Kriterien der ökologischen Zweckdienlichkeit und der ökologischen wie ökonomischen Effizienz auszugestalten und darf keinem Dogmenstreit unterliegen.

Technologiefolgenabschätzung, Förderung ökologischer Technikinnovation, ökologische volkswirtschaftliche Gesamtrechnung bzw. Buchhaltung (Makroebene) und betriebliche Umweltbilanzen (Mikroebene)

Wir streben die staatliche Unterstützung von Forschungsprojekten im Rahmen der so genannten Technologiefolgenabschätzung sowie die Förderung von Forschungs- und Entwicklungsvorhaben bezüglich ökologisch nachhaltiger Produkt- und Prozessinnovationen an. Wir müs-

sen zu einer Strategie des konstruktiven Umweltschutzes übergehen, das heißt, schon in der Konstruktions- und Planungsphase eines neuen Produktes, eines neuen Produktionsprozesses müssen möglichst alle ökologischen Wirkungen und Folgewirkungen einer solchen Produkt- oder Prozessinnovation berücksichtigt werden. Der gesamte Lebenszyklus eines Produktes von der ersten Rohstoffgewinnung über den eigentlichen Produktionsprozess, seinem konsumtiven oder produktiven Ge- oder Verbrauch bis hin zur Endverwertung der Produktabfälle etc. müssen Gegenstand (auch) staatlicher Innovationsförderung und entsprechender Forschung und Entwicklung sein.

Die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung ist um eine ökologische Kosten- und Nutzenrechnung zu ergänzen. Vieles, was heute als Wirtschaftswachstum positiv eingeschätzt wird, erweist sich bei näherem Hinsehen als ökologischer wie volkswirtschaftlicher Verlust. Hierzu zählen eigentlich alle Maßnahmen eines nachträglichen, reparierenden Umweltschutzes wie die Sanierung vergifteter Böden, Gewässer oder Wälder, Lärmschutzfenster oder –wälle, Schutzanstriche auf Grund bestimmter Luftschadstoffe, die zu verstärkter Korrosion führen etc. Eine solche ökologisch-ökonomische Gewinn- und Verlustrechnung wird zwar auf Grund vieler methodischer Probleme nicht immer genau zu quantifizieren sein. Eine regelmäßig publizierte volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, die auch ökologische Gewinne und Verluste bilanziert, wird aber die bisherigen Maßstäbe ökonomischen Erfolgs relativieren und permanenter Anreiz sein, ökologische Verluste so gering wie möglich zu halten.

Wirtschaftseinheiten ab einer bestimmten Größe müssen zu einer regelmäßigen Erstellung betrieblicher Umweltbilanzen bzw. entsprechender Umweltberichte (Öko-Audits) sowie zu deren Veröffentlichung verpflichtet werden.

Ökosozialer Umbau des Energiesystems und Ausstieg aus der so genannten friedlichen Nutzung der Atomenergie

Ohne Energie geht nichts. Der Verbrauch bestimmter mineralischer (metallischer etc.) Rohstoffe ist nicht eigentlich das Problem, weil dieser Verbrauch letztlich doch nur ein Gebrauch ist (Metalle können beispielsweise recycelt werden). Verbrauchte nichtregenerierbare Energieträger (Mineralöl, Kohle etc.) sind aber definitiv vernichtet, also nicht rückholbar. Die absoluten Grenzen ihrer ökonomischen Verwertbarkeit sind also (mehr oder minder) absehbar. Schon heute zeigen uns dramatisch ansteigende Energiepreise, dass wir ökonomische Renta-

bilitätsgrenzen der Verwertung nicht regenerierbarer Energieträger weit früher erreichen werden als wirkliche physische Verbrauchsgrenzen. Der Verbrauch nicht regenerierbarer Energieträger belastet zudem in extremer Weise die Umwelt (Klimaschäden, Schadstoffemissionen etc.). Und die schon stattfindenden und in Zukunft sich intensivierenden Konflikte um natürliche Ressourcen ("Krieg ums Öl") zeigen schließlich, dass wir schnellstmöglich in Richtung eines ökosozial verträglichen Energiesystems umlenken müssen.

Aus all diesen Gründen ist das gesamte umwelt-, finanz- und ordnungspolitische Instrumentarium einzusetzen, um ein ökologisch, ökonomisch und sozial nachhaltiges Energieversorgungssystem aufzubauen. Wir brauchen die Sonnenergiewirtschaft (von der Erdwärme abgesehen, ist letztlich jede regenerative Energie eine Form direkter oder gespeicherter Sonnenergie: Licht-, und Wärmestrahlung, Windkraft, Wasser- und Wellenkraft, Biomasse).

Die schon vorhandenen ökologischen Lenkungssteuern (Mineralölsteuer) müssen schrittweise erhöht werden. Andere ökologische Steuern (Kerosinsteuer etc.) müssen neu eingeführt werden. Ein sozial abgefederter, mittelfristiger Ausstieg aus der Subventionierung der Kohleförderung und –verwertung ist notwendig. Die mittel- bis langfristige allmähliche Erhöhung der ökologischen Lenkungssteuern auf nicht regenerierbare Energieträger wird zur schrittweisen Einsparung derselben führen und die Konstruktion und Markteinführung energiesparender Produkte (energieeffiziente Elektrogeräte, Niederenergiehäuser etc.) wie analoger Produktionsprozesse begünstigen.

Zudem müssen staatliche Förderprogramme zur Erforschung und Entwicklung wie vor allem zur Markteinführung regenerativer Energiesysteme massiv verstärkt werden (thermische und photovoltaische Sonnenkollektoren, Brennstoffzellen, Wasserstoffnutzung, Windkraft, Erdwärme, Wasser- und Wellenkraft, Biomasse etc.). Das Instrumentarium reicht hier von direkten Subventionen bis hin zur Steuerbefreiung.

Das Energieversorgungssystem ist möglichst weit zu dezentralisieren (viele Sonnenkollektoren auf vielen Dächern, kommunale Nutzung lokal vorhandener regenerativer Energieressourcen etc.), um die Versorgungssicherheit zu erhöhen, Übertragungsverluste zu vermeiden und monopolistische Anbietermacht zu verhindern.

In einer dezentralisierten Sonnenergiewirtschaft ist für die so genannte friedliche Nutzung der

Atomkraft kein Platz. Atomkraftwerke sind hochgradig gefährlich (ein GAU, auch auf Grund terroristischer oder kriegerischer Einwirkungen, kann niemals vollkommen ausgeschlossen werden), sie sind ökologisch und gesundheitlich unverantwortbar (Strahlenbelastung), sie produzieren unlösbare Probleme der Endlagerung radioaktiver Abfälle (hochgiftiges und strahlungsaktives Plutonium hat eine Halbwertzeit von fast 25000 Jahren), sie sind ökonomisch nur konkurrenzfähig auf Grund jahrzehntelanger milliardenschwerer staatlicher Subventionierung und auf Grund der grundsätzlichen Machbarkeit einer reinen Sonnenenergiewirtschaft auch schlichtweg überflüssig. Insofern befürworten wir einen beschleunigten Ausstieg aus der energetischen Nutzung der Atomkraft und eine möglichst frühe Abschaltung aller Atomkraftwerke.

Ökosozialer Umbau des Verkehrssystems und der Siedlungsstrukturen

Die gesamte zeitökonomische Bilanz aller Arbeitszeitaufwendungen für und Zeitgewinne durch das Verkehrssystem Automobil ist negativ. Dieses System beschleunigt uns nicht, es macht uns langsamer. Die Durchschnittsgeschwindigkeit des Automobils in geschlossenen Ortschaften, in denen rund 80 Prozent des gesamten Autoverkehrs erfolgt, beträgt nur etwa 15 Stundenkilometer. Rechnet man allein die Arbeitszeit ein, die der durchschnittliche Arbeitnehmer pro Arbeitstag für die Finanzierung seines Autos aufwenden muss, also etwa eineinhalb Stunden, sind wir bei einer Durchschnittsgeschwindigkeit, die noch unter der normalen Gehens liegt. Alle ökologischen Folgekosten dieses Verkehrssystems (Luftverpestung, Lärmbelästigung, Zersiedlung etc.) sind in dieser Rechnung noch nicht berücksichtigt – und die Tausenden von Verkehrstoten und Hunderttausenden von Verkehrsverletzten und –invaliden schon gar nicht.

Wir streben deswegen den ökologischen Umbau unseres derzeitigen Verkehrssystems an durch die schrittweise Verteuerung des automobilen Verkehrs (Erhöhung der Mineralölsteuer und aller anderen Kfz-Steuern, von Parkgebühren, von Geldstrafen für Verkehrsvergehen etc.) sowie die massive Subventionierung des öffentlichen Verkehrssystems. Dabei ist ein langsames, schrittweises Vorgehen notwendig, um einen organischen Übergang zu einem ökosozial verträglicheren Verkehrssystem ohne soziale Verwerfungen (Arbeitslosigkeit) zu ermöglichen und um allen Verantwortlichen und Betroffenen (Automobilindustrie, Hersteller öffentlicher Verkehrsmittel, Verkehrsverwaltung, Städtebauämter etc.) genügend Zeit zu lassen (Nutzung der natürlichen technischen wie personellen Fluktuation), sich an die neuen

Bedingungen anzupassen. Ein vernünftig organisierter ökologischer Umbau unserer Verkehrssysteme muss zu keinerlei Arbeitslosigkeit führen.

Die Siedlungsstrukturen und unser Städtebau sind langfristig auf das Ziel einer weitgehenden Verkehrsvermeidung auszurichten. Eine weitgehende Durchmischung der verschiedenen Lebensbereiche (Arbeit, Freizeit, Wohnen, Einkaufen etc.) ist anzustreben. Verkehrerzeugende Trabantenstädte oder Einkaufszentren "auf der grünen Wiese" darf es nicht mehr geben. Desto mehr unsere Städte in größtenteils autofreie Parklandschaften verwandelt werden, desto weniger Menschen werden in Vorstädte und so genannte Speckgürtel flüchten wollen.

Ökologisierung der Landwirtschaft

Die schon in Gang gesetzte Ökologisierung der Landwirtschaft muss weiter forciert werden. Die hochgradig industrialisierte Landwirtschaft in Deutschland wie in der Europäischen Union ist auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig allein auf Grund extrem hoher Subventionierung und prohibitiver Schutzzölle. Es spricht also überhaupt nichts dagegen, diese so und so schon vorhandenen Subventionen Schritt um Schritt an Kriterien einer ökologischen Landwirtschaft zu binden und weniger und weniger an jene einer industrialisierten Land- und Viehwirtschaft (Zurichtung der Landschaft auf den Einsatz großer Landmaschinen, massiver Einsatz von Kunstdüngern und Schädlingsbekämpfungsmitteln, Massentierhaltung etc.).

Wir lehnen vor diesem Hintergrund die Einführung genmanipulierter Lebensmittel strikt ab. Das agrarwirtschaftliche Hauptproblem in der EU ist die Überschussproduktion und nicht etwa ein Nahrungsmittelmangel. Auch international werden schon heute mehr als genug Lebensmittel produziert. Der Hunger in der Welt ist ein reines Problem der Verteilung (von Land, Landmaschinen, landwirtschaftlicher Technik, Know-how, finanziellen Ressourcen, heimischen und internationalen Märkten sowie von Marktzutrittschancen etc.). Diese Verteilungsprobleme können durch die Nutzung der Gentechnik in der Landwirtschaft in keiner Weise gelöst werden.

---

9. Internationale Beziehungen

Wir stehen für eine Gesellschaft, die sich an den Grundwerten Demokratie, Solidarität und ökologische Nachhaltigkeit orientiert. Auch die Gestaltung der internationalen Beziehungen soll an diesen Werten ausgerichtet werden. Die Welt wächst im positiven wie im negativen Sinne zusammen. Die Entwicklung der weltweiten Verkehrs- und Informationsinfrastrukturen ermöglicht einen immer schnelleren und intensiveren Austausch von Wissen, Information und kultureller Vielfalt. Flüchtlingsströme infolge lokaler Kriege oder ökonomischer Not, weltweite Wirtschaftskrisen oder auch bestimmte ökologische Bedrohungen (Klimakatastrophe u.a.) zeigen uns aber auch die Kehrseiten der Internationalisierung und Globalisierung der politischen, ökonomischen und ökologischen Beziehungen. Die Notwendigkeit der Regulierung dieser Beziehungen steht also außer Frage.

Historische Verantwortung der Kolonialmächte und Verantwortung heute

Die historischen Gründe, die zur gegenwärtigen Situation in der Welt geführt haben, werden oft vergessen oder verdrängt. Diese Situation ist vor allem die Folge Jahrhunderte langer Zerstörung und Plünderung ökologischer und ökonomischer Ressourcen durch die Kolonialstaaten. Diese Plünderung wird heute in einem neuen, neokolonialen Rahmen fortgesetzt. Die Staaten der so genannten Dritten Welt sind inzwischen zwar formalrechtlich unabhängig, faktisch aber auf die Rolle von ökonomisch hochgradig abhängigen Rohstoff- und Agrarproduktlieferanten für die Märkte des industrialisierten Nordens reduziert. Viele ihrer Staatsgrenzen sind das Relikt der Willkürherrschaft der Kolonialmächte. Noch heute, also zu Beginn des 21.Jahrhundert, sind diese Grenzen die Ursache vieler ethnisch, religiös oder national bedingter Kriege.

Die *WASG* fordert, dass sich die politischen Vertreter Deutschlands zur historischen Verantwortung Deutschlands bekennen und sich für begangenes koloniales Unrecht bei den entsprechenden Staaten und Völkern entschuldigen!

Die politischen und ökonomischen, sozialen wie ökologischen Probleme, die bis heute aus dem historischen Erbe des Kolonialismus folgen, werden noch verschärft durch neue imperiale Vorherrschaftskriege selbsternannter Weltpolizisten mit dem strategischen Ziel, geo-

politische Vorteile in der Weltwirtschaft zu sichern. Die seit Ende des Zweiten Weltkriegs in die formale Unabhängigkeit entlassenen Staaten der so genannten Dritten Welt sind auf Grund all dieser Probleme sowie durch die globale Wirtschaftsmacht der Weltkonzerne in der Regel nicht in der Lage, die technischen, organisatorischen und ökonomischen Herausforderungen ihrer Entwicklung zu bewältigen. Gleichzeitig können diese Staaten den freien kapitalistischen Wettbewerb nicht ohne Preisgabe ihrer restlichen Ressourcen wirtschaftlich, kulturell und sozial überstehen. Eine Folge davon ist unter anderem ihre massive Überschuldung. Die Notwendigkeit eines globalen Entwicklungsplans, der alle Bereiche (Ökonomie, Politik, Kultur etc.) umfasst und den Interessen vor allem der Menschen in den Staaten der so genannten Dritten Welt dient, steht also außer Frage.

Politische und sozialökologische Regulierung der Weltwirtschaft und Entwicklungspolitik

In Frage steht aber, wie die Regulierung der Weltwirtschaft gestaltet werden soll, an welchen Grundwerten sie sich orientieren und welcher konkreten politischen und organisatorischen Instrumente sie sich bedienen soll. Wir lehnen das neoliberale Politikmodell einer politisch, sozial und ökologisch möglichst unregulierten Weltwirtschaft, also die Verwirklichung eines globalen "freien" Marktes der weltweit agierenden Konzerne (Global Player) ab. Die Kräfte des Marktes müssen weltweit aus den gleichen Gründen wie auf nationaler oder regionaler Ebene (EU etc.) politisch, sozial und ökologisch eingegrenzt werden: Ein wirklich freier Markt tendiert, wie alle Logik und alle Erfahrungen zeigen, zu ökonomischer Selbstzerstörung (Monopolisierung, zyklische Wirtschaftskrisen) und zum Niederkonkurrieren aller sozialen und ökologischen Standards (Lohn- und Sozialdumping, Externalisierung ökologischer Kosten).

Wir setzen uns ein für eine Weltwirtschaftsordnung, die auf allen Ebenen (EU, UNO, WTO etc.) an den Grundwerten Demokratie, Solidarität und ökologische Nachhaltigkeit orientiert wird. Die politische muss der vorauseilenden ökonomischen Entwicklung so schnell wir möglich nachwachsen. Wir treten für die kurz- und mittelfristig europaweite und perspektivisch weltweite Durchsetzung ökonomischer Mindeststandards ein, etwa eine weitgehend einheitliche Unternehmensbesteuerung, um jeden zerstörerischen Standortwettbewerb zwischen Nationen und Regionen zu unterbinden. Steueroasen, in die legal wie illegal Milliarden von Steuergeldern hinterzogen werden können, darf es nicht mehr geben.

Wir wollen zudem die möglichst weltweite, zumindest aber europaweite Einführung einer so genannten Tobin-Steuer, das heiß die Besteuerung aller Finanztransaktionen. Das ökonomische Wohl und Wehe von Nationen und ganzer Erdteile darf nicht in die Hände internationaler Devisen- und anderer Finanzspekulanten gelegt werden.

Europaweit (EU) und weltweit (WTO) müssen soziale und ökologische Mindeststandards durchgesetzt werden, etwa in Form von gesetzlichen Mindestlöhnen, Höchstarbeitszeiten oder ökologischer Zertifizierung von Produkten und Produktionsprozessen.

Die Märkte der entwickelten Industrieländer und speziell der Europäischen Union, die derzeit hinter hohen, oft unüberwindlichen Zollschranken vor Konkurrenz geschützt werden, müssen Schritt um Schritt für die Produkte der so genannten Entwicklungsländer geöffnet werden. Die beste Entwicklungshilfe ist die gleichberechtigte und selbstbestimmte Einbeziehung dieser Länder in die internationale Arbeitsteilung. Diese Länder dürfen zukünftig keinesfalls mehr zu Rohstofflieferanten und Agrarplantagen der nördlichen Industrieländer degradiert werden. Entwicklungshilfe, die eine solche einseitige, monokulturelle und -strukturelle Exportorientierung forciert, schadet der großen Bevölkerungsmehrheit in diesen Ländern weit mehr als sie wenigen Großgrundbesitzern und anderen örtlichen Eliten nutzt. Deutschlands große ökonomische Macht und damit sein großer politischer Einfluss soll in allen supra- wie internationalen Gremien (EU, Weltbank, Internationaler Währungsfonds etc.) eingesetzt werden, um der internationalen Entwicklungspolitik eine neue Ausrichtung zu geben – weg von der neoliberalen Zurichtung der Welt auf die Interessen weniger ökonomischer Global Player und hin zu einer wirklichen Integration der weltökonomisch mehr und mehr marginalisierten Staaten.

Es macht keinen Sinn, Entwicklungshilfe, die mehr schadet als sie nutzt, zu erhöhen. In dem Maße aber, in dem Entwicklungshilfe wirklich an den Bedürfnissen der Entwicklungsländer ausgerichtet wird (organische Entwicklung ökologischer Landwirtschaft, des Handwerks, kleiner, mittelgroßer und international konkurrenzfähiger Großbetriebe, des Bildungs- und Ausbildungssektors, des Gesundheitssystems etc.), soll sie Schritt um Schritt aufgestockt werden und sich an der von der UNO proklamierten Zielmarge von 0,7 Prozent des Sozialproduktes der Entwicklungshilfe leistenden Staaten orientieren. Um die Verschuldung der Entwicklungsländer langfristig abzubauen, soll finanzielle Entwicklungshilfe nicht mehr in

Form von Krediten gewährt werden, sondern in der nicht rückzahlbarer Zuschüsse. Die ärmsten Länder sind von jeder Schuldenlast zu befreien.

Demokratie und Friede weltweit

Die Abkehr vom neoliberalen Modell weltweiter ökonomischer und sozialer Entwicklung zugunsten der ökonomisch Mächtigen des Nordens sowie die Orientierung der internationalen Beziehungen an den Grundwerten Demokratie, Solidarität und ökologische Nachhaltigkeit wäre der mit Abstand wichtigste Beitrag zu einer Befriedung der meisten lokalen wie internationalen (internationaler Terror) Konflikte. Nichts fördert religiös-fundamentalistisch oder nationalistisch-chauvinistisch verbrämte Konflikte mehr als materielles Elend, soziale Marginalisierung und das Gefühl großer Bevölkerungsteile, Opfer ökonomischer wie kultureller Kolonialisierung zu sein.

Der Weg zu einer solchen grundlegenden Befriedung der Weltgesellschaft ist aber noch weit. Insofern Kriege existieren und auch in Zukunft neu ausbrechen werden, sind die Vereinten Nationen (UNO) die einzig legitime Institution, diese Konflikte ihrer Satzung gemäß einzugrenzen. Wir lehnen jeden Einsatz der Bundeswehr außerhalb Deutschlands ohne UN-Antrag und UN-Mandat ab. Dies betrifft auch Einsätze von Bundeswehreinheiten im Rahmen der NATO, jedoch außerhalb des Vertragsgebietes der NATO (out of area). Wir treten ein für internationale Abrüstung und Formen ziviler Konfliktregelung.

Sämtliche supra- und internationaler Organisationen sind zu demokratisieren. Die Zahl der Mitglieder des Weltsicherheitsrats muss erweitert werden, um die Weltbevölkerung wirkungsvoller zu repräsentieren, etwa in Form von Erdteilvertretern entsprechend der Bevölkerungszahl der Kontinente. Analoge Repräsentanzen sind in allen anderen internationalen Organisationen (Weltbank, Internationaler Währungsfonds, WTO etc.) einzurichten. Nicht die Größe finanzieller Beiträge zu einer Organisation darf das Stimmrecht gewichten, sondern die Größe der repräsentierten Bevölkerung. Auch die Institutionen der Europäischen Union sind weiter zu demokratisieren. Das europäische Parlament muss sich zur allgemeinen Legitimationsbasis aller dieser Institutionen und ihrer Repräsentanten entwickeln. Über die Annahme und rechtsgültige Proklamation einer europäischen Verfassung ist eine einheitliche EU-weite Volksabstimmung durchzuführen.